

Holzarbeiter

Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitsvermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgepaltene Millimeterzelle. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf 77 (Jannowitz) 6246.

Nr. 24 Berlin, den 13. Juni 1931 39. Jahrgang

Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind eins

Dieses Wort, das Bömelburg auf dem Gewerkschaftskongress in Stuttgart im Jahre 1902 geprägt hat, ist oft zitiert und oft kritisiert worden. Es ist aber lediglich die Feststellung einer Tatsache. Nicht in dem Sinne, wie man es den Gewerkschaften oft als Vorwurf angerechnet hat, dass sie unter der Botmäßigkeit der Sozialdemokratischen Partei ständen; das wäre ebensowenig richtig wie die Behauptung, dass die Sozialdemokratie nach dem Befehl der Gewerkschaften handeln müsste. Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften sind organisatorisch absolut selbständig und voneinander unabhängig. Aber sie sind geeint durch den Willen, das Wohl der arbeitenden Klassen zu fördern und die wirtschaftliche Lage der breiten Volksmassen zu heben.

Der Kampf, den die Gewerkschaften führen, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter zu verbessern und Verschlechterungen abzuwehren, liegt auf der grossen Linie, welche die Sozialdemokratie verfolgt. Sie hat sich als Ziel gesetzt, die kapitalistische Produktionsweise zu beseitigen und sie durch die sozialistische Wirtschaftsform zu ersetzen. An die Stelle der planlosen Produktion, die nur vom Profitstreben diktiert ist, soll die planmässige Gütererzeugung treten, welche die Bedürfnisse aller Volksgenossen befriedigt. Nicht die Züchtung von Millionären soll das Ziel der Wirtschaft sein, sondern Freiheit und Wohlstand für alle.

Der Kampf, den die Gewerkschaften unmittelbar gegen das Unternehmertum führen, wird von der Sozialdemokratie in der Gesetzgebung unterstützt. Und die Erfolge des gewerkschaftlichen Kleinkampfes liegen in der Richtung der sozialdemokratischen Ziele. Der Gewerkschaftskampf verhindert das Absinken der Arbeitermassen ins Elend. Er stärkt die leibliche und geistige Gesundheit der Arbeiter und macht sie tüchtig zur Führung des grossen Kampfes zur Verwirklichung des sozialistischen Ideals. So sind Sozialdemokratie und Gewerkschaften unbeschadet ihrer organisatorischen Selbständigkeit Glieder des gleichen Körpers, sie ergänzen sich gegenseitig, sie gehören zusammen in Freud und Leid.

Diese enge Verbundenheit zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften wurde soeben wieder auf dem Parteitag in Leipzig dokumentiert. Das Hauptreferat über die „Kapitalistische Wirtschafts-anarchie und die Arbeiterklasse“ war einem Gewerkschaftsführer, dem Vorsitzenden unseres Verbandes, Fritz Tarnow, übertragen. Und darüber gibt es nur ein Urteil, er hat die ihm gestellte Aufgabe in glänzender Weise gelöst. Wir wissen, dass Tarnow ein vorzüglicher Redner ist, aber weit stärker noch als seine ora-

torische Begabung ist seine Beherrschung des Stoffes und die logische Schärfe, mit der er seine Schlüsse zieht. Tarnows Resolution wurde nach lebhafter Aussprache nahezu einstimmig angenommen. Die Gedankengänge des Gewerkschafters wurden von der Partei als richtunggebend anerkannt. Eine neue, schöne Bestätigung des Wortes von Bömelburg: Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind eins!

Die Resolution, der die Gewerkschaften ebenso vorbehaltlos zustimmen können, wie es der Parteitag der Sozialdemokraten tat, hat folgenden Wortlaut:

„Die gegenwärtige ökonomische Krise liefert einen neuen furchtbaren Beweis für die zunehmende Unfähigkeit des kapitalistischen Systems, die Versorgung der Gesellschaft mit den vorhandenen Versorgungsmöglichkeiten in Übereinstimmung zu bringen. Eine gewaltige Steigerung der produktiven Leistungsfähigkeit in allen Wirtschaftszweigen und in aller Welt ist die unmittelbare Ursache der Massenverelendung, die sich in allen kapitalistischen Ländern ausgebreitet hat. Den überquellenden Reichtum an Lebensmitteln, Rohstoffen und verarbeitenden Kräften verwandelt die kapitalistische Ökonomie in grausame Hungersnöte und in eine überhöhte Vermehrung der Armut. Wie in der Vergangenheit, weiss auch jetzt der Kapitalismus von sich aus keinen anderen Weg aus der Krise als den der massenhaften Vernichtung von Produktionsmitteln, der künstlichen Verstopfung von Rohstoffquellen, der planmässigen Einschränkung der Lebensmittelproduktion. Gleichzeitig aber werden Millionen und aber Millionen aus ihrer Existenz und der Versorgung herausgeschleudert und dem Hunger überantwortet.“

Aus diesen wahn sinnigen Widersprüchen der geltenden Wirtschaftsordnung kann die Menschheit nur durch die Überwindung des kapitalistischen Systems und die Verwirklichung des Sozialismus befreit werden. Diesen Befreiungskampf zu führen und dafür die Arbeiterklasse zu organisieren, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei und der mit ihr verbundenen Gewerkschaften.

Dabei ist sich der Parteitag bewusst, dass der Sturz des Kapitalismus nicht ein einmaliger kurzer Akt sein kann; er vollzieht sich als ein Umwandlungsprozess im steten Kampf zwischen der organisierten Arbeiterklasse und den grosskapitalistischen Wirtschaftsmächten. Der Kampf für den Sozialismus kann nicht geführt werden, ohne gleichzeitig den Kampf um die Verbesserung der Arbeiterlage in der Gegenwart zu führen. Die furchtbaren sozialen Auswirkungen der Krise legen der Partei insbesondere die Pflicht auf, sich mit aller Kraft für die Überwindung dieser Nöte einzusetzen.

Die deutsche Wirtschaft ist aufs engste verflochten mit der Weltwirtschaft, die durch den Krieg, die Friedens- und Reparationsverträge, den Rüstungswahnsinn, den wirtschaftlichen Protektionismus und die mangelnde Bereitwilligkeit zu friedlicher Zusammenarbeit der Völker völlig desorganisiert ist. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Politik für die Sicherung des Friedens, internationale Abrüstung, Streikbrechung der internationalen Kriegsschutz und Reparationen, Beseitigung aller Hemmnisse im internationalen Güter-

langfristiger Handelsverträge, internationale Regelung des Kapitalstroms und Massnahmen gegen die Kapital- und Steuerflucht.

Für die innere Wirtschaftspolitik sind vorrangige Aufgaben: scharfe Kontrolle des Monopolkapitalismus, Herabsetzung der Zölle, systematische Konjunktur- und Arbeitsbeschaffungspolitik, planmässige Auftragsregelung durch die öffentliche Hand, Verstärkung des öffentlichen Einflusses auf die Banken und Kreditinstitute, Regelung des Kapitalverkehrs zur Verhinderung von Fehlanlagen, Ausbau der öffentlichen Wirtschaft und Abwehr der Privatisierungsbestrebungen, Heranziehung von Auslandskrediten zur Förderung des Wohnungsbaues und gemeinnütziger Arbeitsbeschaffungspläne.

Der Parteitag fordert die gesetzliche Verkürzung der zulässigen Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche. Er brandmarkt die Lohnabbauoffensive des Unternehmertums als Ausfluss sozialer Brutalität und als unvereinbar mit den volkswirtschaftlichen Interessen, die zur Überwindung der Krise eine Stärkung der Massenkaufkraft erfordern. Die Sozialpolitik und die sozialen Einrichtungen müssen geschützt und erweitert werden.

Der Parteitag ist sich bewusst, dass die Durchsetzung dieser Gegenwartsforderungen ebenso wie die Verwirklichung des Sozialismus politische Machtfragen sind. Er beklagt aufs tiefste, dass das Proletariat, das als Volksmehrheit nach der demokratischen Verfassung der Republik dazu berufen ist, die entscheidende politische Macht zu sein, von diesem Rechte noch keinen ausreichenden Gebrauch gemacht hat. Die Verteilung der politischen Macht steht deshalb noch im Gegensatz zur sozialen Struktur. Diesen Widerspruch aufzuheben ist die wichtigste Voraussetzung für die Durchführung einer sozialeren Politik und der schnelleren Überwindung des Kapitalismus. In dieser Erkenntnis ruft der Parteitag das arbeitende Volk auf, sich seiner Macht

bewusst zu werden und unter dem Banner der Sozialdemokratischen Partei in geschlossener Organisation den Kampf gegen die kapitalistische Wirtschafts-anarchie und für die Verwirklichung des Sozialismus zu führen.“

In seinem Vortrag hat Tarnow ein sehr treffendes Bild gezeichnet, indem er von dem Krankenlager des Kapitalismus sprach. Er warf die Frage auf, ob wir hier stehen als Arzt, der heilen will, oder als fröhlicher Erbe, der das Ende nicht erwarten kann. Diese Frage beantwortete er mit folgenden Worten: „Wir sind, wie mir scheint, dazu verdammt, uns sowohl als Erbe zu fühlen, der die Hinterlassenschaft lieber heute als morgen antreten möchte, als aber auch als Arzt, der heilen muss, weil davon das Leben derjenigen abhängt, für die er die Verantwortung trägt. Diese Doppelrolle, die uns die geschichtliche Situation aufzwingt, ist gewiss keine sehr einfache Situation. Wir müssen aber damit fertig werden. Konkret ausgedrückt heisst die Aufgabe, das kapitalistische System überwinden, aber die Wirtschaft nicht nur zu erhalten, sondern sie zu verbessern.“

Das ist die Aufgabe, der sich die Sozialdemokratie wie die Gewerkschaften unterziehen müssen. Die Wirtschaft zerschlagen, würde bedeuten, der Arbeiterklasse unabsehbaren Schaden zuzufügen. Wir wollen die Wirtschaft pfleglich behandeln, aber sie soll, statt einer Quelle des Reichtums für die Kapitalisten, das Instrument werden, das den Wohlstand des ganzen Volkes fördert.

Die Unternehmer gehen aufs Ganze

Je höher die wirtschaftliche und politische Not steigt, um so näher sehen die Unternehmer ihre Stunde gekommen. Ohne Scheuen nennen sie ihre Ziele: Niederwerfung der Gewerkschaften und Aufrichtung einer Unternehmerdiktatur.

Die Gewerkschaften sind nach Meinung der Unternehmer schuld an der furchtbaren Not des Volkes. Durch ihre Lohn- und Arbeitszeitforderungen sei die Wirtschaft an den Rand des Abgrundes gebracht. Auch die Regierung stände unter ihrem Druck, was zur Folge hätte, dass der „Staat an der Seuche des Staatsozialismus kranke“. Schluss machen mit der seitherigen Politik im Reiche, in den Ländern und in den Gemeinden das sei das Gebot der Stunde.

Der Langnamverein, wie der „Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen und die Nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“ kurz genannt werden, hat sich auf seiner Düsseldorfer Tagung mit der denkbar grössten Schärfe gegen die Gewerkschaften gewandt. Der Zustand, dass die Gewerkschaften sich als „Nebenregierung“ fühlen, müsse radikal beseitigt werden. Auch innerhalb der Betriebe müsse die Macht der Gewerkschaften

gebrochen werden. „Unser deutsches Volk ist nach wie vor ein fleissiges, arbeitsames und arbeitswilliges Volk. Lassen wir nur unseren Arbeitern die Freiheit, mit ihren Arbeitgeber die Interessen des Werkes zu entscheiden. Wir verlangen Freiheit für die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse, haben wir diese, dann kommen wir auch wieder zu einer gesunden Wirtschaft.“ Diese Freiheit soll geschaffen werden durch Aufhebung der Tarifverträge, Beseitigung der Schlichtungsbehörden und Abbau des Arbeitsrechts und der Sozialversicherung.

Wenn die Gewerkschaften nicht mehr das Recht hätten, bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse mitzureden, dann sei der Weg frei, um „uns wieder nach oben hungern zu können“. Alle müssten einsehen, dass „Armut nur durch Opfer, Fleiss und Arbeit überwunden werden kann“. Die Unternehmer selber rechnen sich selbstverständlich nicht zu den „Allen“ und „Wir“, die sich gross hungern müssen. Sie führen allezeit ein Leben, das nichts von der Sorge, Not und Armut des deutschen Volkes merken lässt. Den Millionen von Arbeiterfamilien, die sich schon seit Jahren nicht sattessen können, den Rat zu geben, noch mehr zu hungern, ist eine echt kapitalistische Schamlosigkeit.

Die Unternehmer sind mit der Rolle, die sie im Staate spielen, unzufrieden, sie fordern die ganze Macht. Obwohl die Brüning-Regierung dem Unternehmertum viel weiter entgegenkommt, als das Wohl des Volkes es verträgt, soll sie weggejagt werden. „Immer und immer wieder beugt sie sich dem Willen der Gewerkschaften und der politischen Parteien. Aber beide können heute das Vaterland nicht mehr retten, an die Spitze des Reiches gehören ganze Männer“. Diese Sätze sind klar und unzweideutig: Die Unternehmer fordern die Diktatur. Im Staat, in den Ländern, in den Gemeinden und in

den Betrieben wollen sie wieder allein herrschen. Die Arbeiterschaft hat zu kuscheln und zu gehorchen. Hat noch mehr zu schuften und zu hungern, damit es der „Wirtschaft“ gut gehe. Wirtschaft heisst hier Unternehmertum. Gemach, ihr Herren, ganz soweit ist es noch nicht. Noch hat die Arbeiterschaft mitzureden, und wenn es aufs Ganze geht, wird ihre Stimme lauter denn je erschallen. Alle Arbeiter werden dann wissen, wer ihr Feind ist: nicht die Gewerkschaften und die Demokratie, sondern die Scharfmacher im Unternehmerlager und die Diktatur!

Ein Prediger in der Wüste

Unter der Überschrift „Ein kurzes Wort gegen den Lohnabbau“ erlässt Lujio Brentano, der Altmeister der Volkswirtschaftslehre, in der „Sozialen Praxis“ eine eindringliche Warnung.

„Man spricht“, so führt er aus, „kaum einen Unternehmer, der nicht überzeugt wäre, bei unbegrenzter Lohnsenkung — 50 Prozent sind ungefähr die geringste Forderung — die Krise überwinden zu können. So wird mir von sachverständiger Seite geschrieben. Das muss die Besorgnis aller, denen die Zukunft Deutschlands am Herzen liegt, im höchsten Masse erregen. Der Reallohn ist heute bei uns schon ausserordentlich geringer als in unseren Hauptkonkurrenzländern, und von der den Arbeitern als Gegenleistung für die Steigerung des Preises von Brotgetreide auf 230 Prozent des Weltmarktpreises versprochenen Senkung der Preise ist in Wirklichkeit nichts zu spüren.“

Brentano verweist auf einen Aufsatz von Ferdinand Fried in der Monatsschrift „Die Tat“. Dort wird an dem Beispiel der Schwereisenindustrie nachgewiesen, wie falsch es ist, wenn die Unternehmer unter dem Vorgeben, die Selbstkosten senken zu müssen, einen Ansturm gegen die Löhne unternehmen. In Wirklichkeit ist der Lohnanteil an dem Produkt ganz geringfügig. Die Produktion wird aber dadurch wesentlich verteuert, dass auch die zahlreichen nicht arbeitenden Hüttenwerke in den Bilanzen geführt werden und ebensoviel Zinsen und Amortisationen fressen wie die arbeitenden Werke. Diese „fixen Kosten“ bleiben gleich, ob viel oder wenig erzeugt wird. Auf die Tonne Stahl umgelegt, verdoppeln sich die fixen Kosten, wenn die Produktion auf die Hälfte sinkt. Um eine Senkung der fixen Kosten herbeizuführen, müssen die stillstehenden Produktionsanlagen abgeschrieben, also die Kapitalien herabgesetzt werden. „Diese Aufblähung der Produktionsanlagen und Kapitalien — die in Wirklichkeit nicht vorhanden sind — ist aber der Kernpunkt der gegenwärtigen Schwierigkeiten des ganzen Systems.“

Den hier im Auszuge wiedergegebenen Gedankengängen stimmt Brentano zu. Er erinnert an einen berühmten Vortrag über

den „Preis der Arbeit“, den der Statistiker Ernst Engel im Jahre 1868 gehalten hat, in dem er darlegte, dass die Selbstkosten der Arbeit aus dem bestehen, was nötig ist, um die Arbeiter in ihrer Jugend, während ihrer Arbeitstätigkeit und in ihrem Alter sowie während der Zeit ihrer Erwerbslosigkeit zu erhalten; ohne dies sei die Fortdauer der Produktion unmöglich. „Heute“, so fährt Brentano fort, „werden die Kostenden nicht produzierenden Kapitalanlagen zu den Kosten der hergestellten Produkte gerechnet, während die Selbstkosten derjenigen, die das Produkt wirklich herstellen, so gedrückt werden sollen, dass deren menschenswürdige Existenz ausgeschlossen erscheint!“

Brentano schliesst seine Warnung vor dem Lohnabbau mit den Worten: „Sollte im Kampfe zwischen Profitminimum und Lohnminimum das erstere triumphieren, so dürfte Fried in seiner Prognose recht behalten, dass das kapitalistische System seinem Untergang bei uns entgegengeht, und nach furchtbaren Hungerrevolten wird die sowjetistische Planwirtschaft sein Ende sein. Aber noch kann ich nicht glauben, dass eine deutsche Regierung sich findet, die es so weit wird kommen lassen.“

Der drohende Untergang des kapitalistischen Systems hat an sich für den Sozialisten nichts Schreckhaftes an sich. Um so mehr aber für die Verfechter und Nutzniesser der kapitalistischen Produktionsweise. Brentano hat anscheinend wenig Vertrauen zu der Einsicht der Vertreter der Kapitalgewalt, zu den Industriellen und Finanzkönigen, die sich selbst die Wirtschaftsführer nennen. Er appelliert an die Regierung, die aber doch nur Vollstrecker des Willens der Kapitalisten ist. Die deutschen Wirtschaftsführer haben sich dermassen in die Idee verrannt, dass die Senkung des Lohnniveaus der Arbeiter das Heilmittel aus der Wirtschaftsnot sei, dass auch Brentanos warnende Stimme verhallt wie die des Predigers in der Wüste. Wen die Götter verderben wollen, schlagen sie mit Blindheit.

Auch die Unternehmer versuchen in letzter Zeit in das Problem der Arbeitsfreude, der lebhafteren inneren Anteilnahme der Arbeitenden an der Arbeitsausführung und dem Arbeitszusammenhang, einzudringen. Es sind hauptsächlich die beiden Ziele: Produktionssteigerung und Qualitätsleistung, die dazu den Anstoss gegeben haben. Selbstverständlich erkennen wir diese Ziele an. Aber wir denken doch noch etwas anders über Arbeitsfreude als die Unternehmer. Wir wollen nicht nur wirtschaftspolitisch dadurch weiterkommen, sondern auch sozial und kulturell. Das Geldrechnerische drückt ja zwar der Gegenwart den sichtbarsten Stempel auf, aber nicht den schönsten und auch nicht den notwendigsten. Max Adler sagt: „Der blosse Lohnstandpunkt ist überhaupt kein Klassenstandpunkt. Wo nicht der Gedanke einer neuen Ordnung der Dinge den ganzen Menschen beherrscht, da ist keine Spur sozialistischen Geistes lebendig.“

Es gibt nicht wenige Unternehmer, die hartnäckig und eigensinnig den alten Weg privatwirtschaftlicher Machtanwendung, richtiger privatwirtschaftlichen Machtmissbrauchs weitergehen. Diese Wirtschaftsindividualisten alter Schule denken: Noch etwas mehr Not und die Masse frisst den alten Führern wieder aus der Hand. Lange Arbeitszeiten, niedrige Löhne und Gehälter, hohe Gewinne — von diesen alten Unternehmerzielen kommen sie nicht los. Persönlich gewinnen, schnell reich werden auf Kosten anderer, das ist so lange einfach und leicht, als die andern, die Arbeiter und die Warenverbraucher, sich das gefallen lassen. Diese Unternehmer passen nicht mehr in unsere Zeit hinein. Sie denken nur an sich und ihre Vorteile und begreifen immer noch nicht, dass zunächst das Volk als Ganzes kulturwürdig leben, zuerst die Volkswirtschaft als Einheit produktiv arbeiten und Gewinn abwerfen muss, wenn der Einzelbetrieb lebensfähig bleiben soll.

Jeder Wirtschaftsbetrieb hat den Zweck, das Wohl der Arbeitenden und der Warenverbraucher zu mehren. Um diesen Zweck erfüllen zu können, muss er sich natürlich selbst erhalten. Aber ein angemessener Betriebsgewinn ist nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck. In dem neuzeitlichen Grossbetrieb muss dem Arbeiter und Angestellten eine Berufsstellung gewährleistet werden, die ihn wirtschaftlich schützt und persönlich nicht von der Einsicht und dem guten Willen des Wirtschaftsleiters abhängig macht. Wir sind gleichberechtigte und gleichverpflichtete Staats- und Wirtschaftsbürger. Wir haben einen „Volks-“ und „Frei-“staat. Wir wollen die leistungsfähigste, rationellste Wirtschaftsform, nicht, damit wenige schnell reich werden, noch schneller und noch mehr als früher, sondern damit es allen Arbeitenden und allen Warenverbrauchern besser gehen kann. Die technisch-organisatorische Entwicklung bekommt erst dann einen Sinn, wenn sie die Menschheit im ganzen vorwärtsbringt.

Alles Reden über Arbeits- und Berufsfreude ist überflüssig, wenn die Wirtschaftsführer nicht ebenso sehr das Wohl ihrer Arbeiter und Angestellten zu fördern suchen wie das eigene, wenn sie der Wirtschaftsarbeit nicht einen gemeinnützlichen Sinn zu geben versuchen. Das Sichverbundenfühlen mit dem Betrieb, wie man gerne bei jeder Gelegenheit sagt, ist nur möglich, wenn dieses Sichverbundenfühlen aus der Erkenntnis entspringt, dass der Betrieb dem Allgemeinwohl und dem Staatswohl zu dienen hat. Der „freie“ Staats- und Wirtschaftsbürger, der sich als Arbeiter für grundsätzlich gleichwertig und gleichberechtigt hält mit dem Unternehmer, will nicht und braucht nicht in menschlich unwürdiger Berufsstellung für diejenigen Schätze erarbeiten, die sich zufällig Besitzer der Existenzmittel „des Volkes“ nennen. Wenn Generaldirektor Vögler sagt, dass „die grosse Masse der Arbeiter und Angestellten dem Betrieb und dem Arbeitsprozess fremd, ja sogar feindlich gegenübersteht“, dann stimmt etwas nicht in der Volkswirtschaft, dann herrscht in bedeutendem Umfange Irrtum und Unnatur; denn das Arbeits- und Berufsinteresse, die Freude am Schaffen ist an sich dem Menschen Bedürfnis. Man räume das Falsche, Verstimrende, Trennende hinweg und der Weg zur Arbeitsfreude ist frei und damit, wie man ganz recht voraussetzt, der Weg zur Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Das herrschende Wirtschaftssystem geht von dem Gedanken aus, dass nur die Gewinnsucht zu Fleiss und Fortschritt führen kann. Aber mehr als drei Viertel der wirtschaftlich Tätigen sind heute bereits Arbeiter im weitesten Sinne des Wortes. Sie haben keine Aussichten mehr auf Spekulations-, Handels- oder sonstige Gewinne. Und ihre Zahl nimmt von Jahr zu Jahr zu, würde noch viel schneller zunehmen, wenn unsere Volkswirtschaft rationell geordnet und betrieben würde. Darum soll man das Profitstreben und das Gewinnsüchtige ganz aus der Wirtschaft zu beseitigen suchen. Der Fortschritt hängt nicht davon ab und die Arbeits- und Berufsfreude auch nicht.

Das heutige Wirtschaftssystem züchtet Neid, Hass, Unduldsamkeit, Gewalttätigkeit und Gewissenlosigkeit und bringt doch bei aller Rücksichtslosigkeit und Härte, die ihm eigen ist, keine sinnvolle Ordnung und keine Höchstleistungen hervor. Der Geist, der es geschaffen hat, hat die Welt arm an Freude und Glück gemacht. Die besten Quellen der Arbeitsfreude liegen in der gemeinwirtschaftlichen Wirtschafts- und Arbeitsorganisation und auch die besten Fortschrittskräfte. An die Stelle der wirtschaftlichen Selbstzucht muss der wirtschaftliche Gemeinsinn treten. Nicht vom Einzelwohl muss bei der Wirtschaftsorganisation ausgegangen werden, sondern vom Gesamtwohl. Dann werden die Lebens- und Arbeitsverhältnisse von selbst besser und reicher an Freude, denn sie werden sozialer und gerechter werden. A. S.

„Elastische Tarifverträge“

Das Scharfmachertum, nicht zufrieden mit dem ungeheuren Lohndruck, den es, begünstigt durch die übergrosse Arbeitslosigkeit, schon durchgeführt hat, verlangt nach weiterem Abbau der Löhne, und da die geltenden Tarifverträge dabei als hinderlich empfunden werden, fordern sie die Ausserkraftsetzung der Tarifverträge oder zum mindesten, die Tarifverträge so „elastisch“ zu gestalten, dass sie jeden Wert für die Arbeiter verlieren.

Besonders unverschämt benehmen sich die Schwereisenindustriellen im Ruhrgebiet, die in der Unterdrückung der Arbeiterschaft keine Hemmung kennen. In dem kürzlich erschienenen 26. Geschäftsbericht des Arbeitgeberverbandes für den Bezirk der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller sind Sätze zu lesen, wie dieser: „Seit Jahren ist eine schädliche Lohnpolitik und Lohnentwicklung zu beobachten. Das gesamte Lohnniveau der deutschen Wirtschaft ist auf eine verhängnisvolle Höhe getrieben worden, d. h. der deutsche Arbeiter verdient viel zuviel Geld. Er ist auf Verzehr und Genuss eingestellt, stellt zu hohe Ansprüche an das Leben, Wohnkultur usw.“ Deshalb wird ein neuer Lohnabbau um 15 bis 20 Prozent in Aussicht gestellt. Um trotz bestehender Tarifverträge die Verelendung der Arbeiterschaft wirksam zu betreiben, verlangen die Scharfmacher, „sämtlichen Tarifverträgen von Gesetzes wegen einen Lohnspielraum zu geben, dergestalt, dass die einzelnen Betriebe durch Vereinbarung mit ihren Belegschaften die Tariflöhne um einen gewissen Prozentsatz unterschreiten dürfen.“

Diese Absichten haben bereits einen Niederschlag in Anträgen an die Parlamente gefunden. Der Hauptausschuss des Preussischen Landtages hatte sich mit Anträgen der Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei über diesen Gegenstand zu beschäftigen. Die Deutschnationalen verlangen ein Reichsgesetz oder eine Verordnung, welche es gestattet, in Zeiten wirtschaftlicher Depression bestehende Tarifverträge für eine bestimmte Zeit aussser Kraft zu setzen. Die Wirtschaftspartei verlangt in ihrem Antrag, „das bestehende starre, in Widerspruch zu den elementarsten Notwendigkeiten des Lebens stehende Tarifrecht wenigstens für die Notzeiten elastisch zu gestalten.“

Diese Anträge sind im Ausschuss allerdings abgelehnt worden. Die Aussprache hat aber gezeigt, dass der Gedanke bei den bürgerlichen Parteien auf viel Sympathie stösst. Die Gewerkschaften müssen sich auf harte Kämpfe auch für die Sicherung des Tarifrechtes gefasst machen.

Arbeits- und Berufsfreude

Arbeiten, wirken, schaffen, vorwärtstreben und vorwärtsschreiten durch die Anwendung der geistigen, körperlichen und sittlichen Kräfte — das erst gibt dem menschlichen Leben Sinn und Inhalt. Die Anwendung und die Mehrung des eigenen Könnens, das persönliche Wachsen durch die Arbeit und mit ihr macht glücklich. Alle natürliche Kraft will sich auswirken, darum ist es ein Unglück, nicht arbeiten zu können, nicht arbeiten zu brauchen oder nicht arbeiten zu dürfen. Ein Unglück ist es auch für den einzelnen Menschen sowohl als auch für die Volksgesamtheit, wenn die Anlagen und Fähigkeiten nicht von Jugend auf im Menschen planvoll entwickelt werden. Carlyle, der das Lob der Arbeit in so begeisterten Tönen singt, nennt den den traurigsten Menschen, der arbeiten möchte und es doch nicht kann oder darf. Leben heisst arbeiten und schaffen, sich selbst und die Umwelt durch nützliche, notwendige, segensbringende Arbeit vorwärtshringen.

Wer arbeitet, befolgt ein Naturgebot, gehorcht einem inneren, lebensnotwendigen Natursatze. Darum ist die Arbeit auch die grösste Freudequelle, die die Menschheit hat. Ohne sie muss man sagen, sie könnte und müsste die grösste Freudequelle sein, die es im Menschenleben gibt? Leider muss

man in der Regel so von unserer heutigen Berufs- und Wirtschaftsarbeit sprechen. Dafür ist aber nicht die Arbeit verantwortlich zu machen, sondern die Art, wie wir arbeiten und die Art, wie wir unser Gesellschafts- und Wirtschaftsleben geordnet haben. Es braucht jedoch nicht so zu sein, wie es jetzt ist. Die Arbeiter müssen sich nicht nur mit der materiellen, sondern auch mit der ideellen Seite der Berufs- und Wirtschaftsarbeit befassen. Das hat vor kurzem Henrik de Man in seinem, bei Eugen Diedrichs, Jena, erschienenen Buch „Der Kampf um die Arbeitsfreude“ versucht. Er hat nach achtundsiebzig Berichten von Arbeitern und Angestellten festzustellen versucht, was der heutige Arbeiter denkt und fühlt, wenn er berufstätig ist. Die Berichte muten an wie Beichten; sie zeigen deutlich, wie sehr der heutige Mensch seelisch leidet, weil die Arbeit zu viele unnatürliche Seiten hat. Wir müssen dem Problem der Arbeitsfreude und Arbeitslust in Zukunft mehr Beachtung schenken. Wir müssen vielleicht überhaupt öfter und gründlicher auf Kulturfragen eingehen. Der regere Kampf um Kulturrechte, Kulturnotwendigkeiten, Kulturziele ist nötig vor allem auch aus Gründen des praktischen und sozialen Vorwärtkommens.

Einkommen und Verbrauch

Der Rückgang des Arbeitseinkommens hat sich, wie das Institut für Konjunkturforschung in seinem letzten Wochenbericht feststellt, in den letzten Monaten ausserordentlich verschärft. Alle Faktoren, die die Höhe des Arbeitseinkommens bestimmen, drängen nach unten. Die Arbeitslosigkeit steigt in ihrer Konjunkturtenz noch weiter an. Auch die Kurzarbeit ist noch wesentlich grösser als im Vorjahre. Im 1. Vierteljahr 1931 beträgt die Einkommensminderung durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit etwa 1,2 Milliarden Mark.

Zu diesem Verlust kommen die Kosten der Lohn- und Gehaltssenkung. Die dadurch eingetretene Einkommensminderung wird für das 1. Vierteljahr auf 1,5 Milliarden Mark geschätzt, das sind 15 Prozent des Einkommens der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Lebenshaltungskosten sind dagegen nur um 7,5 Prozent gesunken. Aus diesen Zahlen geht hervor, dass das Arbeitseinkommen um 100 Prozent mehr gesenkt worden ist als die Lebenshaltungskosten.

Die Folge davon ist ein starker Rückgang des Verbrauchs. Allerdings nicht um den vollen Betrag der Einkommensminderung durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohn- und Gehaltsabbau, denn den Arbeitslosen flossen etwa 0,8 bis 0,9 Milliarden Mark als Unterstützung zu. Dieses Geld ist restlos in Waren umgesetzt worden. Nach Abzug der Unterstützungssumme verbleibt eine Einkommensverminderung von 1,8 bis 1,9 Milliarden Mark. Rechnet man dazu noch die Einkommensverluste durch die Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge und Einführung der Bürgersteuer, so ergibt sich ein runder Betrag von 2 Milliarden Mark. Diese Einkommensverminderung ist durch den Rückgang der Warenpreise nur etwa zur Hälfte ausgeglichen worden.

Im ganzen gesehen, hat die Arbeiterschaft im ersten Vierteljahr 1931 für etwa 1 Milliarde Mark weniger Waren kaufen können als im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres. Darunter haben besonders die Industrien gelitten, die Waren herstellen, die nicht Lebensmittel im engsten Sinne des Wortes sind.

Deutsch-französischer Arbeiteraustausch

Seit dem Jahre 1928 besteht eine Vereinbarung zwischen den zuständigen Regierungsstellen, wonach jährlich 500 deutsche Arbeitskräfte in Frankreich und ebensoviel französische Arbeitskräfte in Deutschland beschäftigt werden können. Es handelt sich hierbei darum, dass den zugelassenen Personen im anderen Lande die Möglichkeit zur beruflichen und sprachlichen Fortbildung gegeben wird. Der Austausch ist auf gewisse Berufe beschränkt. Im Jahre 1930 wurde das Kontingent von Deutschland fast restlos in Anspruch genommen. Es wurde 185 Hotel- und Gastwirtsangestellten, 247 kaufmännischen und technischen Angestellten und 51 Facharbeitern auf Grund der Vereinbarung die Möglichkeit gegeben, sich in Frankreich fortzubilden. Von französischer Seite wird diese Einrichtung viel weniger in Anspruch genommen, im Jahre 1930 konnten nur 126 Franzosen in Deutschland untergebracht werden. Das Verlangen nach Beschäftigung von Franzosen in Deutschland ist stärker, aber in einer Reihe von Fällen konnte den Bewerbern in Deutschland keine Stelle nachgewiesen werden.

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung hat das zum Anlass für ein Schreiben an die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände genommen, in welchem den Unternehmern nahegelegt wird, den Austausch von Arbeitskräften zu fördern, um zu verhüten, dass auf französischer Seite das Interesse an dem Austausch erlahmt. Es handelt sich dabei um wenige Stellen, hauptsächlich für kaufmännische und technische Angestellte.

In diesem Schreiben wird auch erwähnt, dass ausserhalb der erwähnten Vereinbarung etwa 30 000 deutsche Arbeiter in Frankreich beschäftigt werden und dass es dem Arbeitsamt in Kehl gelungen sei, in der Zeit vom 1. April 1930 bis 31. März 1931 rund 4000 deutsche Arbeitskräfte nach

Frankreich zu vermitteln. Auf unsere Anfrage teilt uns das Arbeitsamt Kehl a. Rh. mit, dass es für die Vermittlung gewerblicher Arbeiter nach Frankreich zuständig sei, doch sei der Bedarf sehr gering. Neben landwirtschaftlichen Arbeitern kommen Maurer, Zimmerer und Maler in Betracht. Das Arbeitsministerium in Paris erteile nur nach genauer und gründlicher Prüfung des Arbeiterbedarfs die Beschäftigungsgenehmigung.

Über den Vermittlungsgang schreibt uns das Arbeitsamt Kehl: „Die französischen Firmen fordern ihren Bedarf an Arbeitern beim Arbeitsamt Kehl an, das die gewünschten Arbeitskräfte, soweit diese hier nicht zur Verfügung stehen, bei den mitwirkenden Arbeitsämtern in Südwestdeutschland anfordert. Bewerbungsbogen und Zeugnisabschriften werden der anfordernden Firma zur Auswahl der Arbeiter übersandt. Die Firma stellt diejenigen Arbeitern, die sie einzustellen wünscht, einen Arbeitsvertrag aus und gibt diesen zur Genehmigung an das französische Arbeitsministerium weiter. Erst nach Eingang des genehmigten Vertrages, den der Arbeiter im Besitze haben muss, wird von dem für den Arbeiter zuständigen französischen Konsulat, nach vorher erfolgter ärztlicher Untersuchung, das Einreisevisum erteilt. Der Arbeiter kann erst dann die Reise zum Arbeitsort antreten, wenn er im Besitze sämtlicher Einreisepapiere ist.“

Das Arbeitsamt fügt hinzu, dass eine Unterbringung von Holzfacharbeitern in Frankreich nicht möglich ist, so dass Bemühungen unserer Kollegen nach dieser Richtung zwecklos wären.

Immer weniger Auswanderer

Nach den vorläufigen Feststellungen wanderten 1930 insgesamt 37 085 Deutsche nach überseeischen Ländern aus. Im Jahre zuvor waren es noch 48 734. Die Zahl der Auswanderer geht von Jahr zu Jahr zurück. Am grössten war sie 1923, wo nicht weniger als 115 416 deutsche Männer und Frauen auswanderten, um ihr Glück jenseits des grossen Wassers zu suchen. Die meisten von ihnen trieb aber keine Abenteuerlust in die weite Welt, sondern die furchtbare Not des Heimatlandes. Sie fanden hier keine Arbeit und kein Brot mehr.

Heute ist die Not noch viel, viel grösser: Hunderttausende und aber Hunderttausende würden auswandern, wenn sie nur wüssten wohin, wenn sie irgendwo ein offenes Tor fänden. Hier liegt die Hauptursache für den fortschreitenden Rückgang der überseeischen Auswanderung.

Alle Länder haben in den letzten Jahren ihre Einwanderungsbedingungen immer mehr verschärft. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben nach den neuesten Meldungen das Kontingent aller zur Einwanderung zugelassenen Staaten für zwei Jahre auf nur 10 Prozent der seit Juli 1929 gelten-

den Quoten herabgesetzt. Aus Deutschland können künftig noch etwa 2500 Personen jährlich nach den Vereinigten Staaten auswandern; im Jahre 1930 waren es nach der deutschen Statistik 25 073. Argentinien erhebt von den Einwanderern eine Gebühr von 33 Goldpesos, das sind 129 Mk., also ein Betrag, der für den deutschen Arbeiter unerschwinglich ist. Brasilien, Kanada und Australien verbieten zeitweise jede Einwanderung, und Kuba lässt jährlich nur noch ganze 100 Deutsche einwandern.

Rechte und Pflichten der Versammlungsteilnehmer

In Anbetracht der zahlreichen Gewalttätigkeiten, die in der jüngsten Zeit in politischen Versammlungen zu verzeichnen gewesen sind, hat ein Reichsgerichtsurteil grosse Bedeutung, das vor einiger Zeit über die Rechte und Pflichten der Versammlungsteilnehmer erfolgt ist. Die Veranlassung zu diesem Urteil gab eine politische Versammlung, bei der es zu erheblichen Störungen und Schlägereien kam. Es war also einer jener Fälle, die heute bei einer gewissen Menschensorte fast täglich an der Tagesordnung sind und bei gerichtlichen Verhandlungen zu den verschiedenartigsten Urteilen führen.

Das Reichsgericht hat festgestellt, dass bei einer öffentlichen Versammlung jeder Zutritt hat, allerdings unter der Voraussetzung, dass er die Auseinandersetzungen anhören will und zu diesem Zweck den Saal betritt. Dies ist im allgemeinen der Wille des Veranstalters, der solche Veranstaltungen zusammenberuft, um Erörterungen von Fragen aller Art in seinem Sinne zu veranlassen. Wenn aber jemand den Saal in der Absicht betritt, die Versammlung zu sprengen oder zu stören, so hat er nicht ein Recht des Besuches nach dem Sinne des Veranstalters, und das Betreten des Saales durch ihn bedeutet ein widerrechtliches Eindringen. Es ist also ein rechtswidriger Eingriff in fremde Rechte im Sinne von § 53 des Strafgesetzbuches.

Wenn also jemand nur in Störungsabsichten in den Saal eindringt, so hat er kein Recht zum Verweilen. Wenn er auch nach Aufforderung, sich ruhig zu verhalten, seine Störungsabsichten fortsetzt, so kann er von Teilnehmern der Versammlung, die an der ruhigen Fortführung Interesse haben, durch Gewalt an der Fortsetzung seines rechtswidrigen Angriffs gehindert werden. Die Teilnehmer handeln dabei nicht rechtswidrig, da ihre Gewaltanwendung ein Ausfluss einer Notwehr ist, in der sie sich gegenüber den Störern befinden. Da aber nach § 53 des Strafgesetzbuches eine strafbare Handlung nicht vorhanden ist, wenn die Handlung durch Notwehr geboten war, also durch eine Verteidigung, die erforderlich ist, um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff von sich oder einem anderen abzuwenden, so kann eine Verletzung, die in Verfolg dieser Notwehr-

handlung verursacht worden ist, nicht strafbar sein.

Allerdings kommen Störungen durch Zurufe oder andere Geräusche, wie Pfeifen usw., nicht in Betracht, da Pfeifen nicht als Mittel der Gewalt zur Ausübung eines seelischen Zwanges erachtet werden kann. Die Störung oder Sprengung einer Versammlung mit Gewalt liegt nur dann vor, wenn sie durch physische Kräfte hervorgerufen worden ist.

Diese Reichsgerichtsentscheidung ist für weite Kreise des Publikums von grösster Bedeutung, wenn sie auch wenig bekannt geworden ist. Da gerade die Störung von Versammlungen durch physische Kräfte bei der Verrohung unserer politischen Sitten in der letzten Zeit vielfach üblich geworden ist, so trifft das Urteil des Reichsgerichts auf die meisten in der jüngsten Zeit gesprengten Versammlungen zu und auch auf die künftigen. Denn es geht daraus hervor, dass es den Veranstaltern von Versammlungen gestattet ist, einen Saalschutz zu bilden. Dieser Saalschutz hat im Falle von Störungsversuchen mittels Gewalt das Recht, die Störenfriede an der Fortsetzung ihres rechtswidrigen Angriffs auch mit Gewalt zu hindern. Eine Bestrafung kann für diese gewalttätige Abwendung der Störungen nach dem Reichsgerichtsurteil, das diese Gegenmassnahmen als Notwehrakte bezeichnet, nicht erfolgen.

Ein tolles Stück

Die Allgemeine Ortskrankenkasse in Berlin errichtet ein neues Verwaltungsgebäude. Auf die Ausschreibung für die Lieferung des Stahlgerüsts bekam sie verschiedene Angebote, im Preise von durchschnittlich 1 Million Mark. Wesentlich billiger war das Angebot einer ausländischen Firma. Sie erklärte sich bereit, nur Material aus deutschen Werken zu benutzen, das in Deutschland lagert, und für die Ausführung der Arbeiten deutsche Arbeiter zu Tariflöhnen zu verwenden. Dabei forderte sie nur 700 000 Mark.

Diese billige Offerte durfte aber die Krankenkasse nicht annehmen. Das Oberversicherungsamt teilte ihr auf Anfrage mit, dass nach den geltenden Bestimmungen der Auftrag an eine deutsche Firma vergeben werden müsse.

Dieser Vorgang ist in verschiedener Richtung interessant. Da hält man sich immer wieder über die kostbaren Bauten der Krankenkassen auf. Hier aber wird eine Krankenkasse gezwungen 300 000 Mk. unnötig auszugeben. Nicht etwa zur Förderung der deutschen Industrie und der deutschen Arbeit. Die ausländische Firma wollte ja die Arbeit aus deutschem Eisen und durch deutsche Arbeiter ausführen lassen. Die 300 000 Mk. werden ausschliesslich dem profitgierigen Kapital geopfert.

Wichtiger ist die andere Seite der Sache. Die ausländische Firma hat natürlich bei dem Preis von 700 000 Mk. einen angemessenen Profit einkalkuliert. Die deutschen Unternehmer müssen aber 300 000 Mk. mehr haben, weil sie das Eisen um so viel teurer bezahlen müssen. Dafür sorgt die kartellierte Schwereisenindustrie. Sie verkauft ihre Erzeugnisse an das Ausland zu so niedrigen Preisen, dass ausländische Firmen in Deutschland deutsches Material um 30 Prozent billiger liefern und damit deutschen Firmen im Inland wirksame Konkurrenz bieten können. Die Kartellwirtschaft zeitigt sonderbare Blüten, aber das ganze nennt sich dann „Schutz der nationalen Arbeit“.

Moskauer Kindermissbrauch

Eine Moskauer Kinderzeitschrift „Mursilka“ bringt unter „Eingesandt“ folgende Kundgebung:

„Wir, Tolja und Slawtschik Malkow, 3 und 6 Jahre alt, begrüssen den Wettbewerbsaufruf von Ritotschka Kiacken und sind der Ansicht, dass die Spendensammlung für die Traktorenkolonne durchaus zeitgemäss ist. Die Kolschosy (Kollektivwirtschaften) bedürfen solcher Geschenke sehr und besonders von unserer Zeitschrift „Mursilka“, von uns kleinen Kindern, die durch diese Tat am Aufbau des Sozialismus mitwirken wollen.“

Besonders der dreijährige Tolja wird unbedingt sehr sachverständig sein.

Hitlers Geldgeber



Hitler: „Ich hoffe, dass Sie das Geschrei unserer Leute nicht stört, Herr Generaldirektor; Sie wissen doch, wie es gemeint ist.“

Generaldirektor: „Aber gewiss, Herr Hitler! Nehmen Sie dieses Trinkgeld als Zeichen, dass wir Ihre Hilfe im Kampfe gegen die Gewerkschaften zu würdigen wissen.“



Aus dem Verbandsleben



Um den Nachwuchs im Tischlergewerbe

Der Lehrling, der in der Meisterlehre seine Berufsausbildung beendet hat, wird dann in feierlicher Sitzung zum Junggesellen und damit zum „Facharbeiter“ erklärt. Mit dem Lehrbrief erhält der Lehrling aber auch meistens seine Entlassungspapiere. Auf dem Arbeitsnachweis besteht jedoch für Junggesellen keine Nachfrage. Die Folge des oft langen vergeblichen Wartens macht den Gewinn aus einer vierjährigen Berufsausbildung leicht völlig zunichte. Fehlt die Möglichkeit der unerlässlichen Fortbildung durch die Praxis, dann kann man von einer vollkommenen Berufsausbildung nicht reden. Die jungen Leute werden älter, die Willigkeit, gute Lehren anzunehmen, schwindet mehr und mehr, und wenn der Ausgelernte nach langem Warten Arbeit findet, kommt es oft infolge seiner beruflichen Unzulänglichkeit zu Konflikten. Die Folge ist wiederum Arbeitslosigkeit. Dann stellen sich Minderwertigkeitsgefühle ein, und nicht selten wird aus dem jungen Fachmann ein Gelegenheitsarbeiter; die vier Lehrjahre waren vergeblich.

Woran liegt es, dass die jungen Facharbeiter arbeitslos auf der Strasse herumliegen? Wenn man den Unternehmern Glauben schenken darf, verdienen die jungen Leute nicht den Lohn, der ihnen tarifmässig gezahlt werden muss. Das heisst mit anderen Worten: wir Handwerksmeister sind nicht in der Lage, einem jungen Menschen in vier Jahren die notwendigen Kunstgriffe des Gewerbes beizubringen. So ist es auch tatsächlich, wenn es auch einige wenige gut geleitete Grossbetriebe gibt, die eine zweckmässige Lehrlingsausbildung gewährleisten.

Die Verhältnisse haben sich gegen früher grundlegend geändert. Die Maschine hat den früher zusammenhängenden Arbeitsprozess in viele Einzelhandierungen für ebenso viele Spezialisten zerlegt. Wenn heute das Werkstück in die Hände des Facharbeiters gelangt, ist es schon so weit vorgerichtet, dass es in verhältnismässig kurzer Zeit fertiggestellt oder für die Weiterverarbeitung durch den nächsten Spezialisten reif ist. Bei solcher Arbeitsmethode besteht für den Lehrling kaum eine Möglichkeit, wie früher, langsam in sein Arbeitsgebiet hineinzuwachsen. Es ist eben nichts da, woran er sich im Anfang versuchen könnte. Was vorhanden ist, ist schon zu weit gediehen, um es noch als Versuchsobjekt für Anfänger zu riskieren. Daher wird auch der Lehrling in den durch die Maschine vorgeschriebenen Arbeitsgang eingereiht. Einfache mechanische Handierungen, die ihm keinen Überblick über die Gesamtaufgaben seines Handwerks ermöglichen, denn laufende („handwagenschiebende“) Geschäfte sind es, die die Zeit der Lehrjahre ausfüllen. Die Arbeitsstücke werden schneller fertig, infolgedessen vermehrt sich auch die Lauf- und Hilfsarbeit des Lehrlings. Bei der geringen Entlohnung lag auch für die Meister gar kein Anreiz vor, aus dem jungen Mann einen Tischler zu machen, der auch seinen Lohn verdient. Der Lohn eines jugendlichen Arbeiters, den er hätte dafür einstellen müssen, war ja viel höher.

In den Werkstätten, die keine Maschinen haben, liegen die Verhältnisse häufig noch ungünstlicher. Es wird da meistens nur Flick- und Kundschaftsarbeit gemacht oder aber es handelt sich um „Meister“, die gewissermassen nichts anderes sind als Angestellte grösserer Fabriken. Von der Fabrik beziehen sie maschinenfertige Arbeit, die dann von ihnen zu denselben Akkordpreisen (oft noch geringeren), zu denen die Gesellen in der Fabrik arbeiten, fertiggestellt werden müssen. Dabei spart der Unternehmer noch an Werkstattniete, Licht, Feuerung, Steuern usw. Der Meister aber muss in endloser Arbeitzeit mehr schlecht als recht die Arbeit zusammenstemmen. Die billige Arbeitskraft der Lehrlinge muss ihm dabei den Schaden ausgleichen helfen. Was der Lehrling dabei „profitiert“, erfährt ohne weiteres.

Mit solchen Verhältnissen rechnet auch bereits das Innungsstatut von 1930 in Bremen, das in seinem § 5 besagt: „Die Lehrherren haben ihre Lehrlinge in den bei ihren Betrieben vorkommenden Arbeiten des Gewerbes zu unterweisen.“ Auch die Lehrverträge, in denen früher von einer „allseitigen und gründlichen Ausbildung in allen Zweigen des Handwerks“ die Rede war, sind im Sinne obiger Innungssatzung geändert worden. Nun soll nicht gesagt sein, dass überhaupt keine Möglichkeit der Ausbildung mehr besteht. Gewiss wird manchmal Gelegenheit sein, den Lehrling etwas und sogar von Grund auf anfertigen zu lassen. Oft ist es das Gesellenstück, das als erstes und einziges „Prunkstück“ der vier Lehrjahre auf diese Weise zustande kommt. Aber das ist eben nur „gelegentlich“, nur eine Ausnahme und bietet keine Möglichkeit der ständigen Vervollkommnung.

Es gibt kaum noch Werkstätten, in denen alle für das Fach einschlägigen Arbeiten vorkommen. Diesen Mangel an dem nötigen Anschauungsunterricht, ganz abgesehen von der Unmöglichkeit des praktischen Studiums, können die Lehrmeister durch theoretischen Unterricht nicht ersetzen. Einmal, weil den meisten die pädagogischen Fähigkeiten dazu abgehen, und zum anderen, weil sie nach eigenem vielgehörtem Eingeständnis dazu keine Zeit haben. Daraus folgt, dass die Meisterlehre in Zukunft als Vorbereitungsanstalt für den Beruf des Menschen nicht mehr zuständig sein darf. Man braucht den Handwerksmeistern daraus keinen Vorwurf zu machen, sie sind selbst Opfer der Verhältnisse, aber die Lehrlingsausbildung darf ihnen aus rein objektiven Gründen nicht mehr überantwortet werden. Es muss aber auch festgestellt werden, dass es nicht wenige Lehrmeister gibt, denen es an dem guten Willen (oder auch am Können) fehlt.

Noch eine weitere Frage ist zu prüfen. Ist es einem 14jährigen Kinde überhaupt möglich, sich schon den Beruf für das Leben zu wählen? Muss es da nicht viele Enttäuschungen geben? Enttäuschungen, die oft genug dazu führen, dass ein sonst anstelliger und brauchbarer Mensch widerborstig und aufsässig wird. Darum sollte die Vorbereitung für den späteren Beruf mehr in die Schule verlegt werden. Die Frage, ob man im Leben etwas Tüchtiges leistet, darf nicht mehr abhängig sein von dem Zufall einer guten Meisterlehre. Wir fordern daher: Berufsausbildung durch die Schule. Oder richtiger gesagt: Umgestaltung der reinen Lernschule zu einer Vorbereitungsanstalt für das Leben. Ausdehnung des allgemeinen verbindlichen Unterrichts bis zum 18. Lebensjahr.

Nur wenn die Ausbildung losgelöst von allen privatwirtschaftlichen Interessen erfolgen kann, wird sie ihren Zweck erreichen. Die Jugend steht nach solcher Ausbildung nicht mehr in völliger Unkenntnis der Dinge im späteren Leben vor der geradezu unmöglichen Aufgabe, sich im Kindesalter bereits einen Beruf wählen zu müssen, eine Wahl, die ja unter dem Zwang der wirtschaftlichen Verhältnisse der Eltern oft gar keine Wahl mehr ist, sondern wächst ganz allmählich in seinen späteren Aufgabenkreis hinein.

Die heutige Meisterlehre gewährt keine Berufsausbildung mehr. Im günstigsten Fall die Vermittlung von Spezialkenntnissen. Um aber beispielsweise Fensterflügel einpassen und anschlagen zu können, braucht man nicht vier Jahre Lehrzeit durchzumachen. Das lernt ein erwachsener Mensch, mit der notwendigen Allgemeinbildung in der Schule versehen, in vier Wochen. Nach seiner Absolvierung der Schule kann der junge Mensch sich einer ihm zugesagten Spezialarbeit zuwenden; das kann er um so leichter, als er eine gute Allgemein-

ausbildung genossen hat, die es ihm auch ermöglicht, zu wechseln. Dieses Lehrsystem wird nicht nur ein arbeitsfreudiges Geschlecht, sondern auch der Volkswirtschaft bessere Helfer sichern.

Die Frage der Finanzierung ist freilich ein heikles Kapitel, denn die Sache kostet Geld. Doch die Legion der arbeitslos herumliegenden jungen Leute belastet die Volkswirtschaft nicht minder. Die Eltern aber, die einwenden könnten, die verlängerte Schulzeit könne der proletarische Haushalt nicht aushalten, müssen ja doch die längst erwachsenen und erwerbslosen Kinder oft noch jahrelang unterstützen. Dazu kommt noch die Gefahr des moralischen Verkommens, die die Sorge des Elternhauses vermehrt. Macht man also Rechnung und Gegenrechnung auf, so würde das jetzige System der Berufsausbildung kaum günstiger abschneiden. Sicher ist aber, dass das in die hier angeregte Umgestaltung des Berufsausbildungswesens hineingesteckte Kapital reichliche Zinsen tragen wird.

I. A. des Gesellenausschusses
der Lehrlingsprüfungskommission Bremen:
Wilh. Dantz.

Eine naive Frage

Die „Holzindustrie“, das Organ des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes, druckt die Begründung, die der Schlichter Wissell seiner Entscheidung über den Antrag auf Verbindlicherklärung des Berliner Schiedsspruches vom 9. April gegeben hat, im Wortlaut ab. Die kurzen, natürlich sehr abfälligen Betrachtungen, die das Blatt dazu macht, schliessen mit der folgenden Frage: „Es wäre wirklich interessant, wenn man einmal erfahren könnte, wie denn der Tarifvertrag aussehen muss, der wirtschaftliche Störungen der Arbeit und rechtliche Streitigkeiten ausschaltet und der zugleich seitens des Herrn Wissell für das Berliner Holzgewerbe für verbindlich erklärt werden würde.“

Dass diese Frage ausgerechnet in dem Organ des Arbeitgeberverbandes gestellt wird, ist merkwürdig. Der naive Fragesteller hätte sich nur einmal an die Leitung des Arbeitgeberverbandes wenden sollen. Dort kennt man die Tarifentwicklung im deutschen Holzgewerbe und man weiss dort auch die Kritik, die wir an dem Körnerschen Schiedsspruch geübt haben, richtig zu würdigen. Wir dürfen daran erinnern, dass die Anregung zur Wiederzusammenfassung der bezirklichen Verträge, nachdem er den zentralen Tarif zerrissen hatte, wiederholt vom Arbeitgeberverband ausgegangen ist. Das ist nur deshalb verhältnismässig leicht gegangen, weil unser Verband bei den bezirklichen Abschlüssen darauf bedacht war, das Tarifwerk als Ganzes zu erhalten.

Augenblicklich ist wieder einmal der zentrale Tarifvertrag durch Bezirkstarifverträge abgelöst. Dass der Arbeitgeberverband in absehbarer Zeit die Zentralisierung des Tarifvertragswesens anstreben wird, ist nicht wahrscheinlich. Aber der Zeitpunkt wird kommen, und dann wird man es begrüßen, dass wir uns so energisch gegen das Kuckucksei gewehrt haben, das in Gestalt des Körnerschen Schiedsspruches in das Tarifvertragswesen des Holzgewerbes gelegt werden sollte.

Zur Lage der Stockarbeiter in Berlin

Zu den in unserem Verbands vereinigten Branchen, deren Erzeugnisse auf Massenkonsum abgestellt und stark der Mode unterworfen sind, gehört die Schirm- und Spazierstockbranche. Bis zum Jahre 1924 gab es in Berlin eine hochentwickelte und für die Unternehmer sehr rentabel arbeitende Industrie, die mehr als 1000 Arbeiter beschäftigte, von denen etwa 80 Prozent unserem Verbands angehörten. Seit dieser

Zeit geht die Entwicklung rückwärts. Mit der Einführung der Festmark steigerte sich die Konkurrenz auswärtiger Firmen. Statt dieser Entwicklung in vernünftiger Weise entgegenzuwirken, wursteten die Fabrikanten mit ihren althergebrachten Methoden weiter, bis es nicht mehr ging. Eine der grössten Unternehmungen übersiedelte mit ihrem Betrieb in die Tschechoslowakei, andere Unternehmer verlegten sich mehr auf den Handel. Die meisten machten Pleite. Von der einst blühenden Industrie sind nur noch zwei Betriebe übriggeblieben, die bei voller Besetzung etwa 150 Arbeiter beschäftigen können. Diese beiden Firmen, die ausschliesslich Zelluloidgriffe herstellen, haben sich einer starken Konkurrenz zu erwehren, und sie glauben, dass für diesen Zweck der Lohnabbau das beste Mittel sei. Die Firma Philipp u. Co. setzte die Löhne um 20 Prozent herab, worauf unsere Kollegen am 8. Mai die Arbeit einstellten. Auch der andere Betrieb, die Firma Noa, trägt sich mit dem Gedanken, die Löhne herabzusetzen. Hier sind nur noch sechs Arbeiter beschäftigt. Aus diesen Mitteilungen ist zu entnehmen, dass die Lage der Berliner Schirm- und Spazierstockindustrie geradezu trostlos ist. Die Aussicht auf eine Besserung der Geschäftslage ist sehr trübe und es wäre völlig zwecklos, wenn etwa auswärtige Kollegen hier Arbeit suchen würden.

K. B.

Korbmacher-Heimarbeiter

Nachdem für die Werkstättenarbeiter des Korbmachergewerbes in den Bezirken Ober-, Mittel- und Unterfranken ein neues Lohnabkommen geschaffen war, wurde der Versuch unternommen, auch für die Heimarbeiter wieder Mindestentgelte festzulegen. In der Sitzung des Fachausschusses am 23. März zeigten die Unternehmer aber wenig Neigung, der Sache näherzutreten. Die Sitzung musste deshalb vertagt werden. In einer zweiten Sitzung am 4. Mai trieben die Unternehmer offene Obstruktion. Sie verliessen die Sitzung, die infolgedessen wegen Beschlussunfähigkeit auflieg. Für die Herren, die sich an dieser Aktion beteiligten, war das ein etwas kostspieliges Vergnügen. Der Fachausschuss verhängte über jeden von ihnen eine Geldstrafe von 200 Mk. Ausserdem haben sie auch die Kosten der aufgelassenen Sitzung zu tragen. Am 18. Mai tagte der Fachausschuss wieder, aber in anderer Besetzung. Es wurde ein Schiedsspruch gefällt, der neue Mindestentgelte festsetzt, die am 1. Juni in Kraft treten sollen. Erforderlichenfalls wird die Verbindlicherklärung dieses Schiedsspruches beantragt werden.

„Landfriedensbruch“ in Springe

Über den Zusammenstoss zwischen den streikenden Kollegen in Springe mit den unter dem Schutz der Landjäger provozierenden Streikbrechern haben wir in Nr. 18 der „Holzarbeiter-Zeitung“ berichtet. Von dem Schnellgericht in Hameln wurden acht Kollegen wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs zu Gefängnisstrafen von insgesamt nahezu 5 Jahren verurteilt. Die eingelegte Berufung hatte insofern Erfolg, als die Grosse Berufungskammer in Hannover am 28. Mai die Strafen wesentlich herabsetzte. Wie wir einem Bericht des Hannoverschen „Volkswillens“ entnehmen, wurde einer der Angeklagten freigesprochen. Von den übrigen Angeklagten erhielten zwei je 3 Monate, vier je 6 Monate und einer 7 Monate Gefängnis. Die Untersuchungshaft wurde den Betroffenen angerechnet, und alle Verurteilten erhielten eine dreijährige Bewährungsfrist. Damit ist zwar die gerichtliche Sühne der Vorgänge gemildert, aber immerhin sind die Strafen, die über die aufs äusserste gereizten Streikenden verhängt wurden, noch ausserordentlich hart.

Mit Lauffainnen bis zum 24. November
ist die 24. Wochenausgabe fertig



Holzindustrie



Missverständnisse und bedenkliche Zugeständnisse

Die Waldbesitzer haben die Holzindustriellen für ihre Zollpläne von jeher damit zu gewinnen versucht, dass sie erklären, mit den Holzrollen zugleich müssten auch die Zölle für Möbel, Sperrholz und alle anderen Erzeugnisse der Holzindustrie erhöht werden. Tatsächlich fordern sie in ihrer hier wiederholt erwähnten Denkschrift auch „eine Erhöhung der Holzwarenzölle, entsprechend den Holzrollen, so dass eine Verlegung der Einfuhr auf die Holzwaren hintangehalten wird“.

Eine Zeitlang schien es so, als ob die Holzindustriellen sich auf diese Art einlassen lassen würden. Der Wirtschaftsverband der Holzindustrie war zeitweise nicht abgeneigt, auf die Zollforderungen der Waldbesitzer einzugehen. „Die Holzrollen können aber nur erhöht werden, wenn zu gleicher Zeit eine Erhöhung der Holzwarenzölle eintritt.“ Dabei hat er sich wohl weniger von der Überzeugung leiten lassen, dass die Waldbesitzer höhere Zölle brauchen, als von der Hoffnung, dass die Holzrollerhöhung ein Weg ist, auf dem es zu den von ihm heissersehnten Zollerhöhungen für Holzwaren kommen kann. Bis vor nicht allzu langer Zeit lebten die Holzindustriellen in dem Glauben, dass ihnen nur durch möglichst hohe Zölle geholfen werden könne. Wir haben uns hier mit ihren Forderungen wiederholt beschäftigt, meistens in ablehnendem Sinne.

Inzwischen scheint der Wirtschaftsverband der Holzindustrie in dieser Frage umgelernt zu haben. In Nr. 20 der „Holzindustrie“ veröffentlicht er einen Aufsatz gegen die Erhöhung der Holzrollen. An einigen Stellen werden die Waldbesitzerforderungen klar und eindeutig abgelehnt, einige Bemerkungen lassen aber die Vermutung aufkommen, dass die Holzindustriellen sich mit der Holzrollerhöhung doch noch abfinden würden, wenn die Reichsregierung beachtet, dass „Zoll wieder Zoll bedingt“. Wenn die „Grüne Front“, so ist in der „Holzindustrie“ u. a. zu lesen, „eine Erhöhung der Rund- und Schnittholzzölle durchsetzen sollte, muss vorher oder zum mindesten gleichzeitig eine angemessene Erhöhung der Holzwarenzölle erfolgen“. Wer, wie die „Deutsche Tageszeitung“, das führende Blatt der Grossagrarier und Waldbesitzer, den Aufsatz nur bis hierher liest, kann tatsächlich zu der Annahme gelangen, dass die Holzindustriellen sich mit der Holzrollerhöhung abfinden würden, wenn zu gleicher Zeit ihren Zollforderungen entsprochen wird.

Das ist aber, so möchten wir wenigstens annehmen, ein Missverständnis. Der Aufsatz des Wirtschaftsverbandes der Holzindustrie endet nicht mit dem zitierten Satz, er enthält noch einige andere Ausführungen, die wert sind, hier wortwörtlich festgehalten zu werden. Unter dem Stichwort „Konsum- und Exportrückgang die Folge“ heisst es dort unter anderem:

„Aber selbst den Fall gesetzt, dass eine Erhöhung der Rund- und Schnittholzzölle unter gleichzeitiger Zollerhöhung für Holzwaren erfolgen würde, wäre die Folge eine Rohstoffverteuerung, abgesehen von dem zu erwartenden inländischen Konsumrückgang, ein beträchtlicher Exportrückgang. Die Verteuerung der inländischen Produktionskosten würde die deutsche Holzverarbeitende Industrie auf den Weltmärkten grösstenteils konkurrenzunfähig machen. Das Ausland ist aber auch nicht länger gewillt, die immer weitere Erschwerung seines Absatzes von Agrarprodukten und Holz nach Deutschland ruhig hinzunehmen, sondern beantwortet die Abschnürung seines Exports vom deutschen Markt mit Zollerhöhungen und Boykottmassnahmen gegen deutsche Industrieerzeugnisse. Die Bestrebungen zur Erschwerung der deutschen Möbeleinfuhr in der Schweiz, Frankreich, Skandinavien usw. dürften nicht zuletzt

durch die uferlosen Zollschutzwünsche unserer „Grünen Front“ hervorgerufen sein.“

Diese Sätze dürfen doch wohl so verstanden werden, dass der Wirtschaftsverband der Holzindustrie die von den Waldbesitzern geforderte Holzrollerhöhung gegenwärtig ganz entschieden ablehnt, auch dann, wenn zu gleicher Zeit eine entsprechende Zollerhöhung für Holzwaren eintreten sollte oder diese von der gleichzeitigen Holzrollerhöhung abhängig gemacht wird? Wir hoffen, dass es so ist, denn die Holzindustrie hat weder von einer allgemeinen Erhöhung der Holzrollen noch von einer solchen der Holzwarenzölle einen Nutzen, bestimmt aber grosse Nachteile.

Der Wirtschaftsverband der Holzindustrie hat sich nun alle die Gründe, die gegen die Holzrollerhöhungen sprechen, zu eigen gemacht, und es sind Gründe von Gewicht. Wir begreifen daher nicht, wie er in dem gleichen Aufsatz den Waldbesitzern gefährliche Zugeständnisse machen kann. Nachdem er die Hoffnung ausgedrückt hat, dass die Reichsregierung die Zollforderungen der Forstwirtschaft ablehnen wird, schreibt er: „Sollte trotzdem wider Erwarten die Reichsregierung den Wünschen der Forstwirtschaft nachgeben wollen, so müssen unbedingt solche Holzarten von der Zollerhöhung ausgenommen werden, die der deutsche Wald entweder gar nicht besitzt oder nur in unzureichenden Mengen und Qualitäten aufweist.“ Zwar ist die nun folgende Liste der Holzarten, die von einer Zollerhöhung ausgenommen werden sollen, ziemlich gross — aber wenn den Waldbesitzern der kleine Finger gereicht wird, verlangen sie die ganze Hand. Und in diesem Falle nicht ganz mit unrecht. Denn warum soll z. B. der Zoll für polnische und russische Kiefern nicht erhöht werden können, wenn der für finnische und schwedische erhöht werden kann?

Wir sind gewiss kein Freund des Grundsatzes „Biegen oder Brechen“, aber wenn ein Kompromiss vorgeschlagen wird, dann muss es auch ein wenig Sinn haben. Von den Vorschlägen des Wirtschaftsverbandes der Holzindustrie kann man das nicht sagen: es sind vielmehr völlig sinnlose und obendrein sehr gefährliche Zugeständnisse.

Günstiger Abschluss der preussischen Staatsforsten

Die preussische Staatsforstverwaltung hat in dem am 1. April 1930 zu Ende gegangenen Rechnungsjahre wiederum recht gut gewirtschaftet. Der Einnahmeüberschuss beläuft sich auf 50,4 Millionen Mark, er bleibt damit hinter dem des Jahres 1927/28, der ungefähr 57 Millionen betrug, nicht viel zurück. Gegenüber dem des Jahres 1928/29, der den Rekord von 78,6 Millionen brachte, ergibt sich dagegen ein beträchtlicher Rückgang. Diese Entwicklung steht in engster Übereinstimmung mit der Gestaltung der Baukonjunktur; 1928 war das Baugewerbe weitaus besser beschäftigt als irgend jemals, die besten Vorkriegsjahre eingerechnet, während das Berichtsjahr im Zeichen stark nachlassender Bautätigkeit stand.

An dem Rückgang des Überschusses sind vor allem die Preise verantwortlich. Der Verwertungspreis für Nutzholz sank von 24,15 Mk. auf 21,61 Mk. je Festmeter, hielt sich damit jedoch noch um einige Pfennige über dem Durchschnittspreis des Jahres 1927/28, der nur 21,37 Mk. betrug. Brennholz ist im Preise sogar gestiegen: von 7,71 Mk. im Jahre 1928/29 auf 8,61 Mk. im Berichtsjahre.

In richtiger Einschätzung der beginnenden Depression hat die Forstverwaltung den Einschlag rechtzeitig ermässigt. An Nutzholz wurden nur 6,2 gegen 6,7 Millionen Festmeter im Jahre zuvor geschlagen; damit ist der Einschlag auf den niedrigsten Stand gesunken, den er seit der Inflation hatte. Die Aushaltung von Brennholz wurde dagegen um 100.000 auf 4,8 Millionen Fest-

meter gesteigert. Betrachtet man Preis- und Absatzentwicklung zusammen, so stellt sich heraus, dass die Minderung der Überschüsse allein auf der Verschlechterung des Nutzholzgeschäfts beruht, während das Brennholzgeschäft sich nicht unerheblich verbesserte.

Unter den Ausgaben nehmen die Werbungskosten eine besonders grosse Rolle ein. Sie belaufen sich auf 37 1/2 Millionen Mark, nachdem sie 1928 nur 34,8 Millionen betragen hatten. Wie diese Erhöhung zustande gekommen ist, ist schwer zu sagen. Sie einfach mit einer Lohnaufbesserung begründen zu wollen, geht nicht an. Insbesondere nämlich deshalb nicht, weil die Löhne in den letzten Jahren — solchen Vergleichen sollte man, um Zufälligkeiten auszugleichen, immer einen mehr als einjährigen Zeitraum zugrunde legen — nicht wesentlich stärker gestiegen sind als die Werbungskosten pro Festmeter, und weil ihre Bewegung wesentlich gleichmässiger ist als die der Werbungskosten. Es liegt ja auch auf der Hand, dass es einen ungeheuren Unterschied ausmacht, ob Kahlschläge oder Durchforstungen vorherrschen, ob Spezialsortimente wie Schwellen- und Grubenholz ausgehalten werden oder nicht, ob das Durchschnittsalter der eingeschlagenen Stämme hoch oder niedrig ist, und was dergleichen mehr.

Was die absolute Höhe der Löhne betrifft, so kann man nur sagen, dass sie in keiner Weise bemerkenswert ist. Der tägliche Arbeitsverdienst der Arbeiter betrug im Durchschnitt einschliesslich der Lohnfortgewährung bei allen möglichen Gelegenheiten, die laut Tarifvertrag besonders zahlreich sind, 6,08 Mk., bei der Arbeiterin 2,96 Mk. Diese Durchschnitte weisen beträchtliche Überschreitungen, ebenso aber auch beträchtliche Unterschreitungen auf. Man kann sagen, dass sie um etwa 20 Prozent über dem durchschnittlichen Tariflohn liegen, der zwischen 4,56 und 5,04 Mk. liegt, dass er den Akkordhöchstverdienst dagegen bei weitem nicht erreicht. Wenn man die Spitze, die mit 21,36 Mk. im Regierungsbezirk Köslin erzielt wurde, ihrer Aussergewöhnlichkeit halber ausser Betracht lässt und den Vergleich auf die anderen Bezirke beschränkt, in denen Höchstverdienste zwischen 11 und 14 Mk. die Regel sind, wird der Durchschnitt noch um mehr als das Doppelte übertroffen. Berücksichtigt man weiter, dass die niedrigsten Stücklöhne hinter den tariflichen Zeitlöhnen weiter zurückbleiben — sie betragen in den einzelnen Regierungsbezirken zwischen 1,32 (!) und 3,92 Mk. und dass es sich dabei im wesentlichen wohl nur um Rechtsätze handelt, die allgemein überschritten werden, so kommt man zu dem Ergebnis, dass Zeit- und Akkordarbeit sich nicht viel nehmen.

Neuerdings liebt man auch in der Forstwirtschaft, über die Lohnhöhe und insbesondere über die Steigerung der Löhne im Vergleich zur Vorkriegszeit herzuführen. Dabei vergisst man insbesondere, dass die Waldarbeit früher entwürdigend schlecht bezahlt wurde, woran ganz besonders die italienischen Waldarbeiter schuld waren. Dass auch heute die Entlohnung noch keineswegs fürstlich ist, beweisen die mitgeteilten Zahlen. Unter diesen Umständen muss zurückgewiesen werden, dass im Textteil des Berichtes lohnpolitische Ausführungen gemacht werden, zumal diesen eine Form gegeben wird, die über den Zweck des Berichtes, über das Wirtschaftsergebnis Rechenschaft abzulegen, weit hinausgehen. Es heisst dort:

„Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass diese Lohnerhöhungen die damalige tiefe wirtschaftliche Depression noch erheblich verschärft und in weite Kreise der Arbeiterschaft Hunger und Elend hineingetragen haben. Seit Mitte 1926 ist die Differenz in der prozentualen Zunahme des Stundenlohnes der zwölf anderen Gewerbe und des Indexes der Lebenshaltungskosten nicht mehr so erheblich. Dagegen ist seit jenem Zeitpunkt die prozentuale Zunahme

des Forstarbeiterstundenlohnes nicht nur ganz bedeutend grösser als die der Lebenshaltungskosten, sondern auch wesentlich grösser als die Erhöhung des Stundenlohnes in den 12 anderen Gewerben.“

An anderer Stelle wird gesagt:

„Auch für die Arbeitnehmer sind die Lohnerhöhungen insofern nur Scheinerfolge, als ihnen Entlassungen auf dem Fusse folgen und eine stetig wachsende Arbeiterzahl für immer längere Zeit auf magere Arbeitslosenrente gesetzt wird, wodurch die Wirtschaft einerseits erheblich belastet wird, andererseits beträchtlichen Absatz verliert.“

Irgendwelche moralischen Forderungen, die Löhne abzubauen, können hieraus natürlich nicht hergeleitet werden, ganz abgesehen davon, dass die Grundlagen des Vergleiches, in dem ein längst reformbedürftiger und auch schon in der Reform befindlicher Lebenshaltungsindex mit zwei Lohnkurven verglichen wird, die untereinander wiederum nicht vergleichsfähig sind (Tariflöhne in der Industrie nach der gleichfalls in der Reform befindlichen Tariflohnstatistik und wirkliche Verdienste im Bereich der Forstverwaltung). Es wäre gut, wenn die Forstverwaltung zu ihrer alten Übung, nackte Tabellen zu geben, zurückkehren oder jedenfalls darauf achten wollte, dass der krasse Unternehmerstandpunkt bei ihren Veröffentlichungen nicht sichtbar wird. ik.

Holsatia-Werke AG.

Die Holsatia-Werke AG. in Altona-Bahrenfeld veröffentlicht ihren Bericht für das am 28. Februar abgelaufene Geschäftsjahr 1930/31. Nach 150 000 Mk. Abschreibungen ergibt sich ein Reingewinn von 1391 Mk., der sich um den Gewinnvortrag aus dem vorigen Geschäftsjahr auf 20 403 Mk. erhöht. Die Gesellschaft arbeitet jetzt mit einem Aktienkapital von 1,5 Millionen Mark.

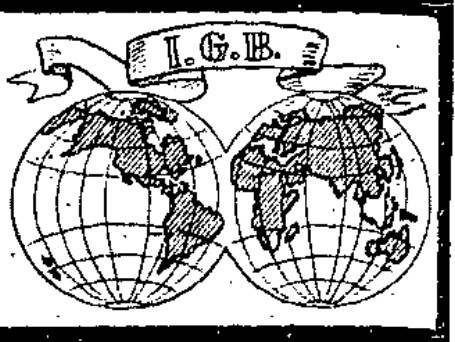
Im Geschäftsbericht wird gesagt, dass das Unternehmen im Verlaufe des ganzen Jahres, besonders aber in den beiden letzten Monatsmonaten (Januar und Februar) „im Zeichen schwerster Depression in der gesamten Möbel- und Sperrholzindustrie gestanden hat. In Anpassung an die ungünstigen Verhältnisse wurden die Gestehungskosten, vor allem die Unkosten des Unternehmens, erneut erheblich gesenkt, um auch bei geringeren nicht unwirtschaftlich forcierten Umsätzen das Unternehmen leistungsfähig zu erhalten. Es gelang bei vorsichtigster Disposition, auch unter diesen erschwerten Bedingungen, das Unternehmen in seiner finanziellen Struktur zu festigen. Im Berichtsjahre wurde die Sperrholzfabrik durch bedeutende technische Verbesserungen zu erhöhter Leistungsfähigkeit gebracht. Da die Neueinrichtung kurz vor Ende des Berichtsjahres fertig war, kommt ihre Auswirkung erst dem neuen Geschäftsjahre zugute. — Auftragseingang und Auftragsbestand in den beiden Fabrikationszweigen, Möbel und Sperrholz, zeigen seit Beginn des neuen Geschäftsjahres eine nicht unerhebliche Belebung.“ Die Gesellschaft beschäftigt zur Zeit noch etwa 520 Holzarbeiter.

Qualitäts-Holzriemenscheiben

Die vom Reichsausschuss für Lieferbedingungen (RAL) vor etwa einem halben Jahre aufgestellten Lieferbedingungen für Holzriemenscheiben sind von den meisten Holzriemenscheibenfabriken beachtet worden. Der praktische Erfolg ist der, dass die Nachfrage nach Holzriemenscheiben stark gestiegen ist. Bisher kam viel Schund auf den Markt, was dazu geführt hat, dass zur Holzriemenscheibe überhaupt kein richtiges Vertrauen mehr vorhanden war. Nachdem viele Fabriken sie nun nach den Lieferbedingungen des RAL herstellen, sind die mit dem Zeichen „Din RAL 423/1“ versehenen Holzriemenscheiben ein begehrter Artikel. Das Zeichen ist die beste Gewähr für Leistung, Wirtschaftlichkeit und Sicherheit der Riemenscheibe im Betrieb.



Gewerkschaftsbewegung



Gewerkschaftskongress 1931

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beruft den 14. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands (Vierter Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes) auf Montag, den 31. August 1931, und die folgenden Tage nach Frankfurt a. M., Palmengarten-Restaurant. Die Tagesordnung umfasst die folgenden Punkte: 1. Wahl der Kongressleitung und der Kommissionen; 2. Bericht des Bundesvorstandes; 3. Die Umwälzungen in der Wirtschaft und die Vierzigstundenwoche; 4. Öffentliche und private Wirtschaft; 5. Entwicklung und Ausbau des Arbeitsrechts; 6. Anträge zu den Bundessatzungen; 7. Wahl des Bundesvorstandes; 8. Erledigung sonstiger Anträge.

Der Kongress wird am Montag, dem 31. August 1931, vormittags 9 Uhr, eröffnet und voraussichtlich bis Sonnabend, den 5. September, tagen.

Die dem ADGB angeschlossenen Gewerkschaften sind berechtigt, Delegierte zum Gewerkschaftskongress zu entsenden. Auf je 15000 Mitglieder einer Gewerkschaft entfällt ein Vertreter, desgleichen auf eine überschüssende Mitgliederzahl, wenn sie mindestens 5000 beträgt. Gewerkschaften unter 15000 Mitgliedern können gleichfalls einen Vertreter entsenden. Die Art der Wahl bleibt jeder Gewerkschaft überlassen.

Anträge an den Kongress können nach § 34 der Satzungen von jedem angeschlossenen Verband oder seinen Bezirks- oder Ortsvereinen gestellt werden. Anträge einzelner Gewerkschaftsmitglieder werden also nur dann zugelassen, wenn sie von einem Ortsverein oder dem Zentralvorstand der Gewerkschaft unterstützt werden. Die Anträge müssen nach § 35 der Satzungen acht Wochen vor dem Kongress, also bis spätestens zum 4. Juli, an den Bundesvorstand eingereicht werden, der sie spätestens sechs Wochen vor dem Stattfinden des Kongresses zu veröffentlichen hat.

Gustav Heinke gestorben

Am 26. Mai ist Gustav Heinke gestorben, ein Mann, dessen Namen mit den Bauarbeiterschutzbewegungen der Gewerkschaften untrennbar verbunden ist. Heinke war ursprünglich Töpfer und er hat sich in der Organisation seiner Berufsgenossen hervorragend betätigt: eine Zeitung redigierte er das Verbandsorgan. Nachdem er schon vorher für die Schaffung von Bauarbeiterschutzkommisionen gewirkt hatte, wurde er im Jahre 1899 zum Sekretär der Zentralkommission für Bauarbeiterschutz gewählt. Als der Bauarbeiterschutz in das Aufgabengebiet der Generalkommission übernommen wurde, siedelte Heinke im Jahre 1910 in deren Büro über. Bis zum Jahre 1925 entfaltete er hier eine äusserst fruchtbringende Tätigkeit. Der Unermüdliche war schon 73 Jahre alt, als er in den wohlverdienten Ruhestand trat. Nun hat den Achtzigjährigen der Tod ereilt. Die Erinnerung an diesen braven Veteranen der Gewerkschaftsbewegung wird insbesondere unter den Arbeitern des Baugewerbes fortleben.

Gewerkschaftspolitik der Nazis

Bei der Führung von Lohnkämpfen wird in dieser Zeit der ungeheuren Arbeitslosigkeit der Zuzug von Streikbrechern sehr peinlich empfunden. Wenn man das Gesindel, das den streikenden Arbeitsbrüdern in den Rücken fällt, näher betrachtet, dann findet man darunter einen sehr hohen Prozentsatz von Nazis, Stahlheimern und diesen verwandten edlen Seelen.

Bei dieser Einstellung der Nazis als berüchtigte Streikbrecher könnte es wohl kommen, dass das Hauptorgan der Nazis, die „Völkische Beobachter“, ihre Angriffsansätze über Gewerkschaftspolitik veröffentlicht und sich als der Retter aufspielt, der die Ge-

werkschaften auf den rechten Weg bringen will. Bei den Nazis darf man sich aber über nichts wundern. In seiner Nummer vom 22. Mai veröffentlicht das Nazi-Blatt einen längeren Artikel, in dem versucht wird nachzuweisen, dass „zwischen dem Vorkriegs- und dem Nachkriegsgewerkschafter ein grosser Unterschied besteht“. Da wird erzählt, dass nach Kriegsende in den Gewerkschaften ein jahrelanger Kampf zwischen den Marxisten und den Gewerkschaftern tobte, den die Marxisten gewonnen haben. Dann heisst es weiter:

„Der angebliche Kampf des Marxismus gegen das Kapital hat erwiesenermassen das Betriebskapital der deutschen Wirtschaft vernichtet. Die marxistischen Methoden haben aber zugleich das internationale Börsen- und das Bankkapital zu ungemessenem Einfluss, zur fast unbesiegbaren Macht gebracht... Die Gewerkschaften sind heute Kolosse auf tönernen Füßen, die widerspruchslos jeden Lohnabbau, jede Urlaubsverkürzung, jede notverordnete Sozialabbaumassnahme schlucken müssen, diktiert nicht mehr von den Unternehmern, sondern von den Bankpräsidenten... Es ist das Verdienst der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterbewegung, dass sie alle werteschaaffenden Kreise in den Betriebszellen sammelt, um die vollständige Preisgabe der deutschen Wirtschaft zu verhindern. Die unablässige Aufklärungsarbeit in den Betrieben wird die Gewerkschaftsmitglieder davon überzeugen müssen, dass Wohl und Wehe des deutschen Arbeiters aufs innigste verbunden sind mit dem Wohl und Wehe des Betriebes. Diese Aufklärung wird dem verführten Gewerkschafter zeigen, dass seine Freiheit abhängig ist von der Freiheit seines ganzen Volkes. Sie wird ihn lehren, dass seine Gewerkschaft ihn falsche Wege geführt hat.“

Verständnis für die Zusammenhänge im Wirtschaftsleben darf man von den Nazis nicht verlangen. Der Verfasser des zitierten Aufsatzes würde in schwere Verlegenheit kommen, wenn er nur erklären sollte, was er unter „marxistischen Methoden“ versteht: erst recht, wenn er darlegen sollte, wie es diese „marxistischen Methoden“ fertiggebracht haben, das Betriebskapital der deutschen Wirtschaft zu vernichten und zugleich dem internationalen Börsen- und Bankkapital zu der ungeheuren Macht zu verhelfen.

Das Geschwätz der Nazis von der „marxistischen Methode“ ist eben nur Geschwätz, das überleiten soll zu der nationalsozialistischen Weisheit, „dass das Wohl und Wehe des deutschen Arbeiters aufs innigste verbunden sind mit dem Wohl und Wehe des Betriebes“. Wer die Arbeitsbedingungen verschlechtert, ist ja gar nicht der Unternehmer, sondern das sind die „Bankpräsidenten“. Gegen sie darf der gute Nazi schimpfen und toben, wenn er sich nur „zum Wohle des Betriebs“ mit den schlechten Arbeitsbedingungen zufriedengibt.

Solange die dummen Kerls Hitlers Hakenkreuzfahne folgen, ist ihr Toben gegen das Kapital ungefährlich. Ja, die prominentesten Vertreter des Kapitals sind es ja, die die Nazibewegung finanzieren. Den Wahlsieg vom 14. September verdanken die Nazis hauptsächlich den Millionen, mit denen die Industriellen die Hitlersche Propaganda unterstützen. Und dieser Goldstrom fliesst immer noch so reichlich, dass Hitler einen grossen Stab hochbezahlter Agitatoren besolden kann. Erst neuerdings ist bekanntgeworden, dass der Bergbauverein der nationalsozialistischen Parteileitung wieder eine halbe Million bewilligt hat. Diese Summe wird anteilig auf die angeschlossenen Zechen umgelegt.

Weshalb geben die scharfmacherischen Bergherren diese Summen, was veranlasst die Unternehmer der verschiedensten Industriezweige zu ihrer Freigebigkeit gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung? Die Herrschaften wissen zu rechnen und

sie üben solche politische Wohltätigkeit nur, wenn ihnen reicher Zins winkt. Die Stärkung der Nazibewegung bedeutet die Schwächung der politischen Macht der Arbeiterklasse, die Hemmung des Einflusses der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften kommen den Unternehmern nicht mit „marxistischen Parolen“ und politischen Schlagworten, sondern sie fordern ganz nüchtern einen ausreichenden Lohn und anständige Arbeitsbedingungen. Sie wehren sich gegen Verschlechterung der Wirtschaftslage der Arbeiterschaft. Der Kampf der Gewerkschaften richtet sich gegen den Unternehmer, der ihnen den Lohn kürzen und die Lebenshaltung herabdrücken will. Es ist nicht die Aufgabe der Gewerkschaften, zu untersuchen, ob und inwieweit das Bankkapital Einfluss auf die Entschliessungen des Unternehmers hat, sie fordern das Recht für die Arbeiter. Deshalb der Hass des Unternehmertums gegen die Gewerkschaften und seine Sympathie für die Nazis. Das sind Hunde, die bellen, aber nicht beißen, sondern im Gegenteil dankbar sind für jeden Fusstritt. Zwischen den ehrlichen Arbeitern, die in den Gewerkschaften für die Hebung der wirtschaftlichen Lage ihrer Klassengenossen kämpfen und dem Gesindel, das der Hakenkreuzfahne folgt und Streikbruch treibt, gibt es keinen Berührungspunkt.

Christlicher Streikbruch

In der Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche“ vom 3. Juni lesen wir: „In Hamburg streiken die im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Klempner und Installateure. Einige Tariffragen waren die Ursache. Darauf schlossen die Innungen sofort einen recht günstigen Tarifvertrag mit dem Christlichen Metallarbeiter-Verband ab, der seine Mitglieder zur Wiederaufnahme der Arbeit veranlasste.“

Dieses Verhalten des christlichen Verbandes ist ein Schulbeispiel für organisierten Streikbruch. Das Organ der christlichen Gewerkschaften findet aber nicht nur nichts Anstössiges daran, sondern rühmt sogar das Verhalten der Streikbrecher. Auch ein Beitrag für die Beurteilung der gewerkschaftlichen Qualitäten der Christen.

40 Jahre Metallarbeiter-Verband

Durch eine vom 30. Mai datierte Festnummer ruft die „Metallarbeiter-Zeitung“ die Erinnerung wach an die vor 40 Jahren erfolgte Gründung des Verbandes, der sich in der Folge zu der grössten Gewerkschaft entwickeln sollte. Nach der Auflösung der Gewerkschaften auf Grund des 1878 erlassenen Sozialistengesetzes herrschte zunächst Kirchhoisruhe. Aber bald begann man mit der Bildung örtlicher Fachvereine. In dieser Zeit, da es sich auch in anderen Berufen zu regen begann, wurde von Grillenberger und Scherm die „Metallarbeiter-Zeitung“ gegründet, die vom September 1883 an erschien.

Johann Scherm, der jetzt 80jährige, berichtet in der Festnummer über die Gründungsgeschichte des Verbandes. Die erste, im Jahre 1884 gegründete Zentralorganisation wurde im folgenden Jahre polizeilich aufgelöst. Es folgte die Gründung einiger zentraler Branchenorganisationen, andere Branchen lehnten die feste Zentralorganisation ab. Nach zum Teil sehr lebhaft geführten Diskussionen über die Organisationsform fand am 1. Juni 1891 der Metallarbeiterkongress in Frankfurt a. M. statt, der als Ausgangspunkt für die heutige Organisation gilt. Mit 23000 Mitgliedern trat der Verband ins Leben. Zehn Jahre später waren die ersten 100000 überschritten. Wiederum zehn Jahre später, im Jahre 1911, hatte der Verband mehr als eine halbe Million Mitglieder. Der Höhepunkt mit 1,6 Millionen wurde im Jahre 1922 erreicht.

Der dann folgende Rückgang kam im Jahre 1926 zum Stehen. Die Mitgliederzahl war auf 675000 gesunken. Seither geht es wieder aufwärts. Das Jahr 1930 schloss mit 940000 Mitgliedern ab.

Der Metallarbeiter-Verband rechnet mit riesigen Zahlen; es darf aber nicht übersehen werden, dass sein Rekrutierungsgebiet ungeheuer gross ist. Es ist immer nur ein verhältnismässig kleiner Teil der Metallarbeiter Mitglied des Verbandes. Aus Anlass seines Jubiläums wünschen wir dem Deutschen Metallarbeiter-Verband eine gesunde Weiterentwicklung. Wir wollen hoffen, dass die Zeit nicht mehr fern ist, da der Verband nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zu der Zahl der Organisationsfähigen die grösste Organisation ist.

Phantasien über das Metallarbeiterhaus

Seit etwa einem Jahre hat der Deutsche Metallarbeiter-Verband seinen Sitz in Berlin in dem neuerbauten Verbandshaus. Dieses Haus ist eine Zierde des Stadtteils, in dem es errichtet wurde. Es wirkt von aussen monumental durch seine Grösse und durch seine Linienführung. Dabei ist es aber schlicht und ohne Prunk. Das gleiche gilt für die inneren Einrichtungen. Sie sind einfach gehalten, aber sie imponieren durch die Schönheit und Zweckmässigkeit der Raumgestaltung.

Der stolze Bau, ein Sinnbild der Grösse und Kraft der grössten Gewerkschaft der Welt, hat die Josen Mäuler von Neidhammeln in Bewegung gesetzt. Mit diesen angenehmen Zeitgenossen hat sich kürzlich der Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes in seinem Verbandsorgan auseinandergesetzt.

Den Anlass dazu bot ein kommunistisches Sensationsblatt, welches unter der vielversprechenden Überschrift „Geheimnisse des DMV.-Palastes“ den neugierig gemachten Lesern allerlei Geheimnisse offenbarte, die nur in seiner schmutzigen Phantasie vorhanden sind. So wurde von den riesigen Kosten des Neubaus fabuliert. Der Verbandsvorstand nennt das schamlosen Schwindel. Die Kosten für den Neubau haben sich im Rahmen der Summe bewegt, die auf der Generalversammlung in Karlsruhe öffentlich genannt worden ist.

Als ein Muster für die lebhaft Phantasie des kommunistischen Reporters wird die folgende Stelle aus seiner Schauergeschichte zitiert: „Mittels eines anderen Apparates wieder, der allerdings von der AEG konstruiert ist und der im Zimmer von Tost steht und von diesem selbst bedient wird, genügt ein einziger Druck auf einen Knopf, um sämtliche Eingangstüren hermetisch abzuschliessen und diese elektrisch zu laden, so dass es den verhetzten Arbeitern unmöglich ist, auch nur die Eingangstüren zu berühren.“

Dazu bemerkt der Vorstand mit gutem Humor: Der gute Mann kann wirklich von Glück sagen, dass er lebendig der Gefahr entronnen ist, wie leicht hätte es schiefl gehen können, wenn ein Unvorsichtiger auf den Knopf gedrückt hätte!

Wir wollen es bei diesen Proben bewenden lassen. Man kann es verstehen, wenn die Presse, die aus ihrer Feindschaft gegen die Arbeiterbewegung kein Hehl macht, die Beschreibung solch imposanter Einrichtungen der Gewerkschaften, wie es das Verwaltungsgebäude des Metallarbeiter-Verbandes ist, mit häuslichen Bemerkungen wärzt. Die kommunistische „Welt am Abend“ erhebt aber den Anspruch, ein Arbeiterblatt zu sein. Statt der Genugtuung Ausdruck zu geben über die Entwicklung der Gewerkschaften, wie sie sich in diesem Verwaltungsgebäude des Metallarbeiter-Verbandes dokumentiert, sucht das Kommunistenblatt durch die Art seiner Darstellung die Gewerkschaft zu verleunden und verächtlich zu machen. Aber das ist kennzeichnend für die Einstellung der kommunistischen Partei zu der Gewerkschaftsbewegung.

Unterhaltung und Wissen



Flucht nach Amerika

Von Max Barthel

Unter den Flüchtlingen, die im vergangenen Winter Russland verliessen, befand sich auch Daniel Becker, ein Bauer aus der Ukraine, den ich damals auf einer Reise kennengelernt hatte. Damals, das war vor sieben Jahren, erzählte er mir vom Bürgerkrieg und von der Hungersnot. Er hatte jene Jahre nicht vergessen, denn als ich das grosse Lager H. besuchte und Becker wiedersah, begann er von jener Zeit zu erzählen. In den südrussischen Steppen operierte damals der anarchistische Bandenführer Machno. Seine Operationen waren für viele Bauern tödlich. Auch Becker hatte das Mordmesser ganz nahe blitzten sehen. Wir sassen in einer langgestreckten Baracke, um uns wimmelten die Bauern, Bauern aus Sibirien, aus der Ukraine und aus der Krim warteten hier auf die Weiterreise nach Amerika. Auch Becker wartete. Er erzählte von den Verhältnissen auf dem flachen Lande, von den Schwierigkeiten des Aufbaues, von der Vernichtung der freien Bauern, das war alles sehr interessant, aber am meisten erschütterte mich sein Bericht vom Tode seines Schwagers.

„Ich weiss es noch genau, es wehte ein starker Wind“, erzählte er, „der Wind wurde zum Sturm und heulte um die hohen Pappeln. Er kam von der Steppe her, klapperte mit den Fensterläden und pfiiff um das alte Schindeldach unseres Hofes. Er kam aus Südwesten und hatte den Schnee geschmolzen. Überall rieselten kleine Rinnale, flossen zusammen und überschwemmten die Felder und Wiesen.“

Der Sturm heulte, ja, aber es heulte noch ein anderer Sturm: der Räuber Machno zog mit seinen Banden schwerbewaffnet durch die Steppen und brandschatzte unsere Dörfer. Pferde wurden geraubt, Vieh weggetrieben, es wurde gestohlen und geplündert. Machno, erzählte man, war einmal Schweinehirt bei einem deutschen Bauern gewesen, nun aber rächte er sich für seine Knechtszeit und brandschatzte vor allem die Deutschen.

Ja, die Natur war schon wild und heulend, aber ebenso wild und heulend ging es damals unter den Menschen zu.

Wir lebten in Angst und Sorge, und an einem Tage näherte sich unserem Hofe ein Fuhrwerk. Ich riss die Augen auf, denn ich erkannte meinen Schwager Konstantin. Er kam mit seinem Freunde Heinrich. Ich ahnte sofort, dass ein Unglück passiert sein musste, denn ohne zwingenden Grund machte man damals keine Besuche. Das Fuhrwerk kam auf den Hof. Wir begrüsst uns, und da sagte Konstantin:

„Wo ist Anna?“
 Anna ist meine Frau, und ich sagte:
 „Sie ist in der Stube.“

„Wir müssen sie auf etwas vorbereiten“, sagte nun Konstantin, „es ist ein grosses Unglück passiert.“

„Was für ein Unglück?“ fragte ich.
 Er blickte mich traurig an, aber er sagte kein Wort.

Nun, wir brachten das Pferd in den Stall, und dann gingen wir zu Anna in die Stube.



Und dort berichtete Konstantin so schonend wie möglich, dass David, Annas jüngster Bube, nicht mehr am Leben sei. Und wir sollten so schnell wie möglich zu den Eltern kommen.

Anna weinte, dann fragte sie leise:
 „Wie ist er denn gestorben?“
 „Er ist erschossen worden, von den Machnowzi“, antwortete Konstantin.

Die Eltern wohnten in einem Dorf, das sechzig Kilometer von uns entfernt lag. Es war eine beschwerliche Reise dahin. Überall waren ja die Banditen. Für uns bestand die grosse Gefahr, dass wir unterwegs von den Banditen überfallen wurden.

Der Erzähler schwieg eine kleine Weile, seufzte und fuhr fort:

„Nun, das Pferd wurde wieder angespannt, und wir beschlossen, mit dem Bretterschlitten die Reise zu machen. In den Schlitten setzten sich Anna und Konstantin, Heinrich und ich gingen nebenher. Das Pferdchen war abgemattet, und der Schlitten ein kleiner Kasten, wie wir ihn sonst zum Mistfahren benutzten, er war also kein grosser Anreiz für die Räuber. Ein anständiges Fuhrwerk hätten sie sofort beschlagnahmt.“

So fuhren wir los und kamen bald an den kleinen Fluss, der heute mächtig dahinbrauste. Über ihn führte ein Damm, durch den drei dicke Röhren liefen, um das Wasser durchzulassen, aber diese Röhren konnten das viele Wasser nicht fassen, es schäumte und gurgelte über den Damm hinweg. Da nahmen wir den Schlitten und steuerten ihn wie einen Kahn nach dem andern Ufer. Es war sehr schwierig, aber es gelang uns doch, und in vier Stunden erreichten wir die Eisenbahn.

Am nächsten Morgen reisten wir mit dem Zuge nach dem Dorfe unserer Eltern. Ach, es war ein trauriges Wiedersehen!

Wir traten in das Haus, wir kamen in die Stube, und da lag unser lieber David mit zerschossenem Kopfe. Die Mutter war ganz verzweifelt, Anna hat laut aufgeschrien, und wir weinten auch. Es war schrecklich!

Nun wurde die Türe zu dem Zimmer, in dem wir sassen, aufgerissen, und ein junger Bursche mit pockennarbigem Gesicht und hoher Lammfellmütze trat herein. In der Hand hielt er eine Liste. Die ersten Transporte der Flüchtlinge wurden eben zusammengestellt.

„Fahren Sie auch nach Brasilien?“ fragte er Becker.

„Nein, nein, nach Kanada“, antwortete er.
 Der junge Bursche entfernte sich, Becker erzählte weiter.

„David wurde von den Machno-Banden ermordet“, sagte er. „Der Tag, erzählte die Mutter, begann mit starkem Nebel. David hatte die besten Kleider angelegt, er wollte einen Besuch machen und stand auf der Strasse. Da bemerkte er gegen hundert Reiter, die sich dem Dorfe näherten. Er rief eine Warnung in den nächsten Hof und blieb ruhig stehen. Die Reiter kamen immer näher, sie hatten David erreicht und fragten nach seinem Namen, seinem Beruf und so weiter. Er sagte alles, die Banditen liessen ihn ruhig stehen, sie verteilten sich über die Höfe und begannen zu plündern.“

Sie besetzten auch die Mühle und stellten die Söhne des Müllers an die Wand. Sie sollten erschossen werden. Aber da, im letzten Augenblick, kam einer von den

Was längst vergessen schien —

Was längst vergessen schien an Leid und Grauen —
 Was diese Nacht mit Schweigen überdeckt —
 Das ist nun alles wieder aufgestanden.

Kein Traum enthebt uns dieser dunklen Nacht.
 Ob wir auch nächtens Land des Lächels fanden.
 Wir müssen wieder unsre Elendsstrasse ziehen.

Es war da wohl ein Warten warmer Frauen
 Und eine sanfte Melodie vergrabener Zweisamkeit.
 Doch überstürzt vom Ungeheuer Zeit
 Schon naher Morgen alles Wundersein durchschiebe.

Wenn wir erwachen, kehrt zur Erde wieder
 Der alte Hass verfluchter Kreatur —
 Und unsre Megeenschritte trommeln dumpfe Lieder.

Wir ringen das Leben aderts Spur —
 In unserm Blut erstarrt die letzte Bitte.
 Und unter unserm Füssen beb't der Grund.

Räubern und sprach leise mit seinen Blutgenossen. Da liessen sie die Gewehre sinken und verschwanden, ohne sich mit Blut befleckt zu haben.

David hatte alles beobachtet. Er war achtzehn Jahre alt. Da kamen die Banditen wieder an ihm vorbei, und ein zerlumpter Mann, den Davids Kleider reizten, befahl, dass er vor ihm herlaufen solle. Und er lief dem Reiter voraus. Und nun musste er mitten im Laufen die Kleider ausziehen. Damals gab es wenig gute Kleider bei uns, viele Leute hüllten sich in Felle oder Sackleinwand. Und als David ungefähr zweihundert Meter von unserem Hause entfernt war, er zog sich gerade das Hemd aus, da schoss ihm einer von den Banditen von hinten eine Sprengkugel in den Kopf.“



Becker hatte seine Stimme gesenkt, er flüsterte nur noch und hauchte die letzten Worte vor sich hin, als hielt er mit dem Toten Zwiesprache. Nun verstummte er ganz. Als er nach einer bedrückenden Pause wieder zu reden begann, waren seine Worte sonderbar schwerfällig.

„Was meinen Sie?“ fragte er, „soll ich vielleicht doch nach Brasilien fahren? Meine Familie wanderte vor hundertsebenundvierzig Jahren nach Russland. In Deutschland lebten wir früher im Schwarzwald. Ist es in Kanada sehr kalt? Viele von uns wollen nach Kanada. Wie liegen dort die Verhältnisse?“

Ich erzählte, was ich von Brasilien und von Kanada wusste. Er hörte mit gesenkter Stirne zu. Vielleicht hörte er überhaupt nicht zu, ich weiss es nicht, denn als ich mich verabschiedete, um nach Berlin zu fahren, sagte er:

„Eine Sprengkugel von hinten in den Kopf! Und er war doch erst achtzehn Jahre alt!“

Becker, der deutsche Bauer aus der Ukraine, ist nicht nach Brasilien oder Kanada ausgewandert. Vor einigen Tagen bekam ich Grüsse von ihm aus Paraguay, aus der grossen Grassteppe.

Wir fahren um die Welt

Von Kurt Offenburg

(Fortsetzung aus Nr. 22 der „Holzarbeiter-Zeitung“)

Rummelplatz und Chinesentheater.

Auch auf den Rummelplätzen lernt man das Volk kennen. Nicht allein die Beobachtung in den Strassen, auf Märkten, in Geschäften rundet das Bild. Auf den Kirmessen, den Jahrmärkten — da sind die Menschen freier; sie wollen vergnügt sein (indem sie Vergnügen kaufen) und unbewusst sind sie freier.

Der Rummelplatz hier heisst „Die Neue Welt“ und ist in der tiefsten Chinesenstadt. Zuerst muss man Eintritt zahlen, und zwar der Weisse das Doppelte wie der Farbige. Es war nicht viel — und die Pforte zur „Neuen Welt“ öffnete sich.

Es war eine alte Welt grösstenteils — nämlich ein kopiertes Europa und ein nachgeäfftes Amerika. Schiffsschaukel und Rutschbahn, Karussell und die elektrischen Miniatur-Autos, die über ein Blech rattern. Glücksräder und Pferderennen gab es auch; die Pferdchen waren aus Metall.

Dennoch: da war zuerst das Publikum, dicht gedrängt zu Tausenden. Malaien, klein zierlich, die Frauen trugen die Babies im Hüfttuch mit sich; Chinesen, europäisch gekleidet, im weissen Tropenanzug, rasend elegant, die Frauen Brillantschmuck im Haar und in den Ohren, die seidenen Spitzenjacken mit goldenen Knöpfen; Ja-

paner, hochmütig und mit gefährlicher Intelligenz im Blick; die dunklen Araber, altväterlich gekleidet wie ihre Ahnen, mit Fez und weiten Pluderhosen. Aber — und dies war das Seltsamste, dem Menschen des Westens noch Ungewohnte — die Tausende, die hier beisammen waren: sie wahrten eine Ruhe, wie nie vorher auf einem Rummelplatz erlebt.

In einer dunklen Ecke des weiten Platzes, unter freiem Himmel, spielte ein chinesisches Kino. Es war ein blutrünstiger Film, aber dem Publikum gefiel die Sache. Nur manchmal lachten die Leute und riefen etwas, das ich nicht verstand. Jedenfalls verfolgten sie leidenschaftlich das Spiel, und ihre Beifalls- oder Ablehnungskundgebungen erinnerten an ähnliche Szenen, die ich vor Jahren in Italien erlebt hatte.

Dann schlenderte ich weiter, stand plötzlich vor einem Pavillon. Darin sassen etliche Javaner und spielten ein Gamelan. Sie hieben auf die bronzenen, tellerartig flachen Glocken: und was sie da produzierten, das war kein reines Vergnügen. Ich blieb dennoch stehen, eine ganze Weile, betrachtete die Szene. Zwei Weiber piepsten ein Lied zu der „Musik“. Ihre Kostüme waren ebenso unecht javanisch wie ihr Geiepse ein Lied war. . . . Andere Weiber, ganz junge und mittelalterliche — hockten am Boden, k a u t e n S o n n e n b l u m e n k e r n e und spuckten von Zeit zu Zeit auf die Bühne. Mit spitzen Fingern nahmen sie die Kerne aus dem Zeitungspapier, schoben sie in den Schnabel. Die Kiefer malten in rasch kauenden Bewegungen. Wie ich sie von der Seite betrachtete, hatten sie den Kopf kleiner, dummer Vögel.

Zum Schluss kam von allem, was ich sah, das Echteste: ein chinesisches Theater. Es war grossartig. Vielleicht gibt es besseres, mag sein. Aber auf keinem Rummelplatz fand ich soviel echte künstlerische Hingabe, wie im Spiel zweier Männer, die hier Frauenrollen agierten. Auf der Bühne war als einziger Gegenstand eine Bastmatte; darauf standen die Schauspieler, umkreisten sich im Säbelgefecht. Sie sprachen nicht zueinander, sondern redeten aneinander vorbei; und zum Zeichen der Verachtung wandten sie sich den Rücken zu.

Die Zuschauer, meistens Chinesen, standen wie hypnotisiert.

Bananen.

Es war schon spät am Abend. Ich verspürte Hunger. Noch mehr Durst. Ein Glas der grellfarbigen Limonaden? Oder Ice-Cream? Ich entschied, auf eine (sehr wahrscheinliche) Magenerkrankung zu verzichten und kaufte einige Bananen. Die sind in der Schale, sagte ich mir, und keine Fliegenschwärme kommen an die Frucht.

Ich suchte mein bisschen Malaiisch zusammen und verlangte „Pisangs“. Für zehn Cents. Der Mann hinter seiner offenen Bretterbude nahm einen mächtigen Bananenzweig vom Haken und schnitt einen Ast davon ab. Den reichte er mir. Ich war so verblüfft, dass ich ihn nahm. Er kassierte das Geld und sagte: „Danke.“

Da stand ich mit meinem Bananenbüschel in der Hand und betrachtete ihn: ich begann zu zählen, es gelang nicht. Gleichgültig, ob 35 oder 40 Früchte daran waren. Es waren zwar nicht die grossen, gelben westindischen, wie bei uns sie auf dem Markt sind; nur halb so grosse, in grüner Schale, wie sie in Malaienstaaten und Ostindien wachsen. In grüner Schale: das heisst, frisch vom Baum und nicht auf wochenlangem Schiffstransport nach- und ausgereift.

Fünf oder sechs ass ich, dann war es vorbei mit Hunger und Durst. Der Büschel wurde nicht kleiner. Ich konnte ihn nicht mitschleifen ins Hotel, es wäre lächerlich gewesen. Zehn Cents. . . . Ich schenkte ihm zwei Buben, die vorbei kamen. Sie begannen sich darum zu balgen und rissen sich schier die armseligen Lumpen vom Körper. Das war ein anderes Schauspiel: ein ungewolltes, aber ewig menschliches.

